STADT ARBON

Stadtparlament

Wortprotokoll

29. Sitzung der Legislatur 2023 - 2027

Dienstag, 22. September 2026, 18:00 Uhr, Seeparksaal

Vorsitz:	Samra Ibric, FDP/XMV
Entschuldigt:	Esther Straub, Die Mitte/EVP
Anwesend Stadtparlament:	29
Anwesend Stadtrat:	René Walther, FDP Daniel Bachofen, SP Dieter Feuerle, Grüne Reto Neuber, Die Mitte Luzi Schmid, Die Mitte
Protokoll:	Flavio Schambron, Parlamentssekretär / Stv. Stadtschreiber

Traktanden

29/1. Mitteilungen
Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro
Mitteilungen der Einbürgerungskommission (EBK)

29/2. Museumsgesellschaft Arbon, Genehmigung Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und der Museumsgesellschaft Arbon betreffend die finanzielle Unterstützung von CHF 40'000.00 ab 1. Januar 2027
Wahl 5er-Kommission

29/3. Stadt Arbon, Budget 2027
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

29/4. Interpellation, "Missbräuchliche Untermietverhältnisse und Versagen beim Schutz sozial Schwächerer" von Jakob Auer, SP/Grüne
Beantwortung

29/5. Fragerunde

29/6. Informationen aus dem Stadtrat

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wertes Publikum, geschätzte Medienschaffende, ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Parlamentssitzung. Oft heisst es, Politik beginne dort, wo über Geld entschieden wird. Und tatsächlich, politische Prioritäten werden nirgends sichtbarer als im

Budget. Hier zeigt sich, welche Aufgaben wir im kommenden Jahr erfüllen wollen, welche Projekte wir voranbringen und welche Schwerpunkte wir als Stadt setzen möchten. Gleichzeitig tragen wir auch eine grosse Verantwortung. Wir entscheiden über öffentliche Gelder und damit über Mittel, die der Bevölkerung anvertraut sind. Umso wichtiger ist es, diese Entscheide sorgfältig, transparent und nachvollziehbar zu treffen.
Sie sehen schon, wir haben heute ein wichtiges Traktandum, nämlich das Budget 2027. Bevor wir aber mit der Beratung des Budgets beginnen, möchte ich allen danken, die die Grundlagen für die heutige Diskussion erarbeitet haben. Ein besonderer Dank gilt der vorberatenden Kommission für ihre sorgfältige Prüfung des Geschäfts sowie den zahlreichen Mitarbeitenden der Verwaltung und allen weiteren Beteiligten, die in den vergangenen Monaten die Zahlen aufbereitet, Einschätzungen vorgenommen und das Budget vorbereitet haben.
Das Budget bildet also die finanzielle Grundlage für die Arbeit unserer Stadt im kommenden Jahr. Hinter den einzelnen Zahlen stehen konkrete Leistungen für die Bevölkerung, für unsere Schulen, für die Vereine, für die Infrastruktur, die Sicherheit sowie die weitere Entwicklung unserer Stadt. Das letzte Wort, das wissen wir, hat in Arbon die Stimmbevölkerung. Welche Auswirkungen eine Ablehnung des Budgets haben kann, haben wir im vergangenen Jahr erlebt. In einer solchen Situation kann die Verwaltung im Wesentlichen nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen und zwingend notwendigen Aufgaben erfüllen. Viele Vorhaben, Projekte und Weiterentwicklungen müssen zurückgestellt werden. Gerade deshalb ist es wichtig, dass das Budget hier im Parlament ausgiebig beraten wird. Wir vertreten die Bevölkerung und haben die Aufgabe, die beantragten Ausgaben und Einnahmen sorgfältig zu prüfen, Prioritäten zu setzen und die langfristigen Auswirkungen unserer Entscheide im Blick zu behalten. Unser Auftrag ist gerade nicht, das Budget aus einer Einzelperspektive oder aus parteipolitisch motivierter Sicht zu beurteilen, sondern aus der Verantwortung für die Stadt als Ganzes. Die Bevölkerung darf von uns erwarten, dass wir eine ausgewogene, realistische und verantwortungsvolle Finanzplanung vorlegen. Genau dieser Aufgabe sollten wir uns heute widmen.
Die heutige Beratung gibt uns also die Gelegenheit, Fragen zu stellen, Argumente abzuwägen und die vorgesehenen Mittel offen und sachlich zu diskutieren. Nutzen wir diese Verantwortung mit Weitsicht und Augenmass. Ich wünsche uns daher eine sachliche und zielgerichtete Diskussion und eröffne hiermit die Sitzung.

Esther Straub hat sich für die heutige Sitzung entschuldigt. Da sie als Stimmenzählerin amtet, ist für die heutige Sitzung ein Ersatz zu wählen. Das Büro schlägt Ihnen von der Fraktion Die Mitte/EVP Myrta Lehmann vor. Gibt es andere Vorschläge? – Wenn dem nicht so ist, dann gilt Myrta Lehmann als stillschweigend gewählt.

Es sind 29 Parlamentsmitglieder anwesend; die Beschlussfähigkeit ist somit gegeben.

Gibt es Wortmeldungen zur Traktandenliste? – Die Traktandenliste wird somit stillschweigend genehmigt.

1. Mitteilungen

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Sie haben für die heutige Sitzung sämtliche Unterlagen fristgerecht erhalten.

Mitteilungen aus dem Parlamentsbüro:
Das Protokoll der 28. Parlamentssitzung dieser Legislatur ist genehmigt und online einsehbar.

Parlamentarische Vorstösse:
An der heutigen Sitzung sind folgende parlamentarische Vorstösse eingegangen:

- Einfache Anfrage «Badeordnung» von Manuel Bühler, FDP/XMV. Diese geht an den Stadtrat zur Beantwortung.

- Motion «Erwerb bzw. Baurechtsübernahme des ehemaligen Arbon-Energie-Areals inkl. Gebäude zur langfristigen Sicherung des Werkhofstandortes Arbon.» von Christine Schuhwerk und Peter Künzi, beide FDP/XMV. Diese geht nun in Zirkulation.

Mitteilungen aus der Einbürgerungskommission (EBK):
Gemäss Art. 12 Einbürgerungsreglement besteht für die Einbürgerungskommission Informationspflicht gegenüber dem Stadtparlament über zu behandelnde Gesuche und gefasste Beschlüsse.

Fabio Telatin, SP/Grüne, Vizepräsident EBK: Ins Bürgerrecht der Stadt Arbon aufgenommen wurden:

- Reinke Martin, 1979, Deutschland
  Reinke Lisa, 1985, Deutschland
  Reinke Sophia, 2014, Deutschland
  Reinke Anabelle, 2016, Deutschland
  Reinke Florian, 2018, Deutschland
- Ntontis Kristian, 2010, Griechenland
- Yebiyo Belul, 2000, Eritrea

Im Moment liegen insgesamt 13 Gesuche von 23 Personen vor, die sich im Bewilligungsverfahren befinden. Davon ist kein Gesuch zurückgestellt.

2. Museumsgesellschaft Arbon, Genehmigung Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und der Museumsgesellschaft Arbon betreffend die finanzielle Unterstützung von CHF 40'000.00 ab 1. Januar 2027
Wahl 5er-Kommission

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Das Büro hat an der Sitzung vom 24. August 2026 beschlossen, für diese Botschaft eine vorberatende parlamentarische 5er-Kommission einzusetzen. Wir beantragen Ihnen folgende Zusammensetzung dieser parlamentarischen Kommission:
Chiara Eugster, SP/Grüne, Jonas Fischer, SP/Grüne, Aurelio Petti, Die Mitte/EVP, Christoph Seitler, FDP/XMV, Corinne Straub, SVP
Sind Wortmeldungen dazu oder werden weitere Wahlvorschläge gemacht? – Wenn das nicht der Fall ist, stimmen wir über die Wahl der 5er-Kommission in globo ab.

Abstimmung
Die vorgeschlagenen Personen werden mit 28 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Als Präsidentin der Kommission wird Chiara Eugster, SP/Grüne, vorgeschlagen. Werden andere Vorschläge gemacht?

Abstimmung
Chiara Eugster wird mit 27 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen als Präsidentin der vorberatenden Kommission gewählt.

3. Stadt Arbon, Budget 2027
Eintreten, Detailberatung, Beschlussfassung

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Zu diesem Traktandum möchte ich Pascal Büchler, Leiter Abteilung Finanzen, begrüssen. Er wird Änderungen aus der heutigen Sitzung aufnehmen. Am Schluss der Beratung wird er uns nach einer kurzen Pause das aktuelle Endergebnis direkt vorlegen.
Die Botschaft des Stadtrats zum Budget 2027 liegt Ihnen vor. Die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission hat das Budget 2027 vorberaten. Der Kommissionsbericht und

die Anträge der FGK liegen Ihnen ebenfalls vor. Bevor wir in die Beratung einsteigen, möchte ich Ihnen das Vorgehen erläutern.
Zuerst erfolgt das Eintreten. Dieses ist obligatorisch. In der Detailberatung werden wir den weissen Teil der Botschaft, den Kommentar des Stadtrats kapitelweise durchgehen. Dazu können Fragen gestellt werden. Die Erfolgsrechnung werden wir mit dem gelben Teil behandeln. Ich werde jeweils die Konten nennen. In der Erfolgsrechnung können Anträge gestellt werden. Anträge sind gemäss Art. 41 Abs. 2 des Geschäftsreglements schriftlich einzureichen. Wenn Sie den Antrag formulieren, bitte ich Sie, jeweils die Kontonummer zu nennen. Liegt ein Antrag der FGK vor, hat jeweils der Präsident der FGK das Wort. Gibt es keine weiteren Wortmeldungen, bleibt dieser Antrag unbestritten, damit gilt der FGK-Antrag als genehmigt. Wird der Antrag der FGK vom Stadtrat oder einem Parlamentsmitglied bestritten, wird über den Antrag der FGK abgestimmt. Liegt ein Antrag der FGK vor und wird von einem Parlamentsmitglied ein weiterer Antrag gestellt, werden wir gemäss Art. 52 des Geschäftsreglements zuerst die Änderungsanträge, d. h. den Antrag der FGK und die Anträge der Parlamentsmitglieder einander gegenüberstellen. Liegt ein einzelner Antrag eines Parlamentsmitglieds vor, werden wir über diesen abstimmen. Bei mehreren Anträgen werden wir gleich Verfahren und diese einander gegenüberstellen.
Nach der laufenden Rechnung werden wir mit der Beratung der Investitionsrechnung (Grüner Teil) weiterfahren.

Eintreten

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Die Beratung des Budgets gehört verlässlich zum Spätsommer des Stadtparlaments genauso wie der Nebel zum Bodensee, wobei sich dieser glücklicherweise in diesem Jahr noch etwas Zeit lässt. Durch die Ablehnung der überarbeiteten Gemeindeordnung, das ist bekannt, bleibt der zeitliche Rahmen für die FGK zwar gewohnt sportlich, doch diese hat die knapp bemessene Zeit intensiv genutzt, um das umfangreiche Zahlenmaterial möglichst eingehend zu prüfen. Der ausführliche Bericht der Kommission liegt Ihnen schriftlich vor. Ich verzichte daher darauf, die Details vorzulesen und blicke viel mehr auf eine zielgerichtete Beratung an der heutigen Sitzung.
Ein aus meiner Sicht erfreuliches Zeichen vorweg: Die FGK stellt zum vorliegenden Budget lediglich drei Anträge. Dies ist ein aussergewöhnlich niedriger Wert, der einerseits für die fundierten Vorabauskünfte des Stadtrats und anderseits für eine Vorlage spricht, die im Grundsatz wenig kontroverse Punkte enthält. Erlauben Sie mir trotzdem, die wesentlichen Kernpunkte hervorzuheben.

1. Erfolgsrechnung und Personalaufwand: Der Stadtrat legt ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von rund CHF 678’000 vor. Die FGK beantragt eine massvolle Korrektur bei den individuellen Lohnanpassungen, nämlich 0.8 % statt 1.0 %, was die Erfolgsrechnung zusammen mit einer weiteren Anpassung um rund CHF 42’000 entlastet. Angesichts des soliden Eigenkapitals unserer Stadt ist das verbleibende Defizit vertretbar.
2. Steuerfuss und Urnenabstimmung: Der Steuerfuss soll unverändert bei 70 % verbleiben. Die FGK unterstützt dies einstimmig. Mit Blick auf die anstehenden Investitionen und den Wegfall der Liegenschaftensteuer ab 2029 wäre eine Steuersenkung nicht nachhaltig. Um die Handlungsfähigkeit der Stadt jederzeit zu sichern und politische Blockaden zu vermeiden, beantragt die FGK zudem mehrheitlich getrennte Urnenabstimmung über Budget und Steuerfuss.
3. Investitionsrechnung: Die Investitionen sind mit CHF 9.7 Mio. einmal mehr hoch angesetzt. Die FGK befürwortet die geplanten Projekte im Grundsatz. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass die Umsetzbarkeit oft stark von exogenen Faktoren abhängt, sei es durch Einsprachen oder durch Abhängigkeit von Dritten. Umso wichtiger ist es, dass zumindest die städtischen personellen Kapazitäten gesichert sind, um Verzögerungen im eigenen Bereich zu vermeiden.
4. Entwicklung im Sozialbereich: Besorgniserregend bleibt die Kostenentwicklung im Ressort Soziales und Gesundheit, unter anderem auch bedingt durch den Rückzug des Kantons bei der Mitfinanzierung der Perspektive Thurgau sowie strukturbedingt überdurchschnittlich hohen Aufwendungen in der Sozialhilfe, bei den

Prämienverbilligungen und in der Pflegefinanzierung. Der kantonale Finanzausgleich vermag diese strukturellen Sonderlasten Arbons derzeit nicht ausreichend abzufedern. Ein Appell an unsere Arboner Vertreter im Grossen Rat: Ihr seid gefordert, euch auf Kantonsebene für einen gerechteren Lastenausgleich einzusetzen.

Nach der Beratung des Budgets 2027 empfiehlt die FGK dem Parlament:

1. den Steuerfuss für das Jahr 2027 auf 70 % zu belassen;
2. das Budget 2027 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von CHF 636'163.12 zu genehmigen;
3. den Investitionsplan 2027 mit Nettoinvestitionen von CHF 9'689'752 zu genehmigen;
4. über das Budget und den Steuerfuss an der Urne sei separat abzustimmen.

Ich danke Stadtpräsident René Walther, den Stadträten sowie den Mitarbeitenden der Verwaltung für die transparenten Auskünfte und Informationen. Ein besonderer Dank gilt Pascal Büchler, Leiter Abteilung Finanzen für die gewohnt fachkundige Begleitung bei den Beratungen. Ebenso bedanke ich mich herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen der FGK für die sachlichen, wertschätzenden und durchaus auch humorvollen Diskussionen und die sehr gute Zusammenarbeit.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP: Die Fraktion Die Mitte/EVP unterstützt die Anträge der FGK vollumfänglich. Unsere Fraktion wird in der Detailberatung voraussichtlich mindestens zwei zusätzliche Anträge stellen.

José Franco, SP/Grüne: Die Fraktion SP/Grüne möchte festhalten, ein Budget ist immer auch eine politische Standortbestimmung. Für uns bedeutet es solide Finanzen und gleichzeitig Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt. Arbon soll lebenswert, sozial, nachhaltig und attraktiv bleiben. Dafür braucht es einen sorgfältigen Umgang mit den finanziellen Mitteln, aber auch den Mut, notwendige Investitionen zu tätigen.
Wir haben das Budget kritisch und konstruktiv geprüft, danken allen Beteiligten für die Erstellung und sind geschlossen für das Eintreten auf das Budget.

Ulrich Nägeli, SVP: Auch ich reihe mich ein in den Dank an die Kollegen der FGK. Die Sitzung war lange, intensiv und sehr aufschlussreich. Besten Dank an Mischa Vonlanthen für die sehr gute Leitung der Sitzung, und ein besonderer Dank auch an Pascal Büchler, der am längsten mit uns zusammen sass, viel Geduld brauchte und uns stets auf dem Laufenden hielt. Aber der Dank geht auch an die Stadträte und den Stadtpräsidenten sowie an das Kaderpersonal, die uns die ganze Zeit redlich Antwort gaben und uns auch auf viele Probleme hinwiesen, die in einer Gemeinde vorherrschen. Aber ich muss sagen, ich habe hier eine motivierte Exekutive erlebt, die wirklich dranbleiben will, obwohl sie, wie wir auch, im Leben Rückschläge erleiden, sei es durch Fluktuationen, Einsprachen oder Probleme, aber es wurde uns wirklich sehr gut erklärt.
Arbon steht, wie Sie alle wissen, sehr solide da. Ich denke, das wird auch 2027 so sein. Da gibt es jetzt natürlich Begehrlichkeiten. In der FGK sowie in unserer Kommission gab es drei Schwerpunkte. Das sind die Sozialausgaben, die jährlich um CHF 1 Mio. steigen und unser Budget immer mehr beeinflussen und belasten. Wahrscheinlich müssen wir für 2028 weitere CHF 1 Mio. einstellen. Das sind Beträge, die wirklich alles beeinflussen. Es scheint so, dass Arbon sehr attraktiv ist für Sozialleistungen. Das bedeutet, dass der vorhin von Mischa Vonlanthen erwähnte Lastenausgleich des Kantons nicht gegeben ist. Auf den würde ich mich nicht unbedingt verlassen. Er wird sicher gesprochen, aber wir wissen nicht, in welcher Höhe er für 2027 gesprochen wird. Aber es ist schon so, wir haben Leute, die Sozialhilfe benötigen, aber wir haben auch Trittbrettfahrer, die das System ausnützen. Hier muss man einfach darauf schauen. Wenn man das an der Wurzel packen will, muss man das wirklich einmal durchleuchten, und das kann man nur mit mehr qualifiziertem Personal, wenn wir das richtig machen wollen. Ansonsten werden wir hier keine Kürzungen erreichen. Und wir müssen das als Arbon selber machen und nicht auf Hilfe vom Kanton warten. Denn das sind auch wieder Steuern, die wir dann eben als Kantonssteuern bezahlen. Das gäbe keine Reduktion, nur eine Umverteilung.
Ein weiterer Punkt sind Investitionen in die Werterhaltung unserer Stadt, heute veranschlagt mit rund CHF 9 Mio. Wir gehen davon aus, dass wir davon 50 % oder vielleicht 60 % erreichen werden. Das reiht sich ein in eine lange Reihe, aber auch hier braucht es Ausdauer, um die

notwendigen Investitionen zu tätigen. Wenn sich das so fortsetzt, müsste man vielleicht überdenken, weniger zu investieren, wenn man weniger ausführen kann als geplant. Oder auch hier nochmals: Es müssten wahrscheinlich mehr Stellen geschaffen werden, damit man diese Investitionen zeitgemäss durchbringt.
Ein weiterer Punkt ist das Arboner Liegenschaftenportfolio. Da sind einige Liegenschaften, die hier anstehen. Wir haben viele Liegenschaften, aber wir haben keine griffige Strategie. Das wurde in der Kommission und auch in der Fraktion festgestellt. Ich nenne ein Stichwort: Bahnhofstrasse 24. Seit Jahren haben wir da eine Liegenschaft, die immer Unterhaltskosten generiert, aber noch nie etwas abgeworfen hat. So ein Portfolio muss bearbeitet werden. Es gibt auch noch das Kappeli, das seit Jahren kostet. Wir müssen reagieren, um das Portfolio zu verbessern, damit die Liegenschaften Ertrag abwerfen und unsere Steuern weniger belasten.
Somit stellt sich in unserer Fraktion halt erneut die Frage, wie wir mit diesem Steuerfuss umgehen sollen. Sollen wir ihn um 2 % senken? Oder sollen wir die Überschüsse weiterverwenden für den weiteren Ausbau unserer Gemeinde? Da sind wir nicht einer Meinung. Auf der einen Seite sind Finanzen da, auf der anderen Seite aber auch Aufgaben, die erledigt werden müssen. Wie soll man das berücksichtigen? Dazu werden sich noch weitere Personen melden. Die Fraktion SVP ist geschlossen für Eintreten.

Christine Schuhwerk, FDP/XMV: Die Fraktion FDP/XMV dankt dem Stadtrat, der Verwaltung, dem FGK-Präsidenten Mischa Vonlanthen und Pascal Büchler für die sorgfältige und gute Vorbereitung des Budgets 2027. Die Zusammenarbeit mit Stadtrat und Abteilungsleitenden verlief konstruktiv, das zeigt sich auch im FGK-Bericht. Die Kommission stellte diesmal nur wenige Fragen, weil das Budget ausführlich und klar dargestellt wurde. Die frühe Lieferung der Unterlagen und die hilfreiche Einführung durch Stadtpräsident René Walther haben zusätzlich zu einem professionellen Ablauf beigetragen. Für die Fraktion FDP/XMV ist entscheidend, dass das Budget nicht nur rechnerisch stimmt, sondern auch politisch tragfähig ist. Die sorgfältige Vorbereitung und auch die Kommunikation und die deutlich reduzierte Zahl der Nachtragskredite zeigt, dass die Verwaltung ihre Prozesse verbessert hat und die Stadt finanziell verlässlich führt. Für den Wunsch nach einer erneuten Steuersenkung haben wir kein Verständnis. Angesichts der anstehenden Investitionen und der finanziellen Herausforderungen braucht Arbon Stabilität und nicht zusätzliche Unsicherheiten auf der Einnahmenseite. Die Fraktion FDP/XMV ist für Eintreten.

Konrad Brühwiler, SVP: Ich bedanke mich beim Stadtrat und der FGK für die Vorlage und die Vorberatung samt FGK-Bericht. So wie die Prognose aussieht, schreibt die Stadt Arbon auch im Rechnungsjahr 2026 schwarze Zahlen. Wie tiefschwarz diese Zahlen sein werden, steht noch nicht fest, aber ich hoffe, wir hören das heute vom Stadtrat noch mit der Hochrechnung per 31. August 2026. Es ist dies das 8. Mal in Folge, dass unsere Stadt schwarze Zahlen schreibt. Und dies nach einer Steuerfusssenkung in diesem Jahr um 2 % von 72 % auf 70 %. Für 2026 war ein Defizit budgetiert, und so ist es auch wieder in 2027. Ich werde den Eindruck nicht los, der Stadtrat wählt wiederum die taktische Variante, budgetiert vorsichtig, um am Ende ein positives Ergebnis präsentieren zu können und um einer allfälligen Diskussion über eine weitere Reduktion des Steuerfusses auszuweichen.
In diesem Budget bestehen sehr viele Positionen mit aufgerundeten Zahlen. Und da auch Kleinvieh Mist macht, bin ich davon überzeugt, dass, ohne dass wir heute Abend jede Position umdrehen, das hat ja die FGK in verdankenswerter Weise schon richtig getan, am Ende des Jahres 2027 wiederum eine schwarze Zahl in der Jahresrechnung erreicht wird. Mit Blick auf überübernächstes Jahr werden Steuermindereinnahmen ins Feld geführt. Doch es gibt auch positive Signale. Der Stadtrat setzt sich nämlich in Frauenfeld beim Kanton für einen besseren Lastenausgleich für Zentrumsgemeinden ein. Dafür gehört und gebührt ihm ein Lob. Und ich verweise dabei auf den Vorschlag der Weiterentwicklung Finanzausgleich des Kantons, der zurzeit in der Vernehmlassung bei den Gemeinden ist. Dieser Vorschlag würde der Stadt mehr als CHF 1 Mio. mehr einbringen. Und es liegt an uns Arboner Kantonsräten, dies zu unterstützen. Leider ist damit aber das Problem bei den Sozialausgaben noch nicht gelöst. Da ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Und die Signale der vielen Ausfälle an Fachpersonal bei der Sozialhilfe und im Asylwesen müssen dringend ernstgenommen und angepackt werden.

Abschliessend halte ich es wie der Stadtpräsident in seinem Vorwort zu dieser Budgetbotschaft. «Die Stadt Arbon steht auf einem soliden finanziellen Fundament. Das Eigenkapital konnte deutlich erhöht und die Schulden weiter abgebaut werden.»
Aufgrund all dieser Faktoren kann ich Ihnen versprechen, die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion wird heute Abend die Diskussion um eine weitere Steuerfusssenkung nicht scheuen. Ich werde bei der Beschlussfassung darauf zurückkommen und begründen, warum wir den Bürgerinnen und Bürgern eine weitere Steuerfusssenkung ermöglichen sollen.

Christoph Seitler, FDP/XMV: Senken wir für das Jahr 2027 den Steuerfuss von 70 % auf 68 %, entgehen der Stadt Arbon jährlich CHF 650’000 an Einnahmen. Die steuerliche Entlastung einer einzelnen steuerpflichtigen Person beträgt dadurch pro Monat CHF 5.30 bzw. pro Tag weniger als 20 Rappen. In den nächsten Jahren droht der Stadt Arbon gemäss publiziertem Finanzplan 2028-2034 strukturell bedingt eine deutliche finanzielle Mehrbelastung. Es handelt sich also nicht um einmalige Effekte. Jährliche Mindereinnahmen bestehen bei der individuellen Prämienverbilligung ab 2027 vom CHF 450’000 und ab 2029 prognostiziert CHF 1 Mio., bei der Finanzierung der Perspektive Thurgau ab 2027 CHF 230’000, durch den Wegfall der Globalpauschalen für Menschen mit Schutzstatus S ab 2027 CHF 600'000 und durch das Fehlen der Liegenschaftensteuer ab 2029 CHF 1 Mio. Die jährlichen Mehrausgaben drohen unter anderem durch die Zunahme der Abschreibungen, unter anderem bedingt durch die Verkürzung der Abschreibedauer aller Gemeindestrassen auf 25 Jahre. Ab 2027 ist das ein Betrag von CHF 500'000, ab 2029 von CHF 1 Mio. und ab 2033 von mehr als CHF 3 Mio. Sowie generell durch die jährliche Kostenzunahme bei der ambulanten Krankenpflege, dem Pflege- und Altersheim sowie der gesetzlichen wirtschaftlichen Hilfe. Es ist also Tatsache, dass die Stadt bereits ab 2027 strukturell bedingt rund CHF 1.3 Mio. weniger einnimmt. Die CHF 650’000, welche durch die Senkung des Steuerfusses um 2 % wegfallen würden, wären also absolut notwendig, um den Finanzhaushalt der Stadt für die Zukunft stabil zu halten. Wer unter diesem Gesichtspunkt der Steuerpflichtigen Bevölkerung trotzdem ein Steuergeschenk von weniger als Fr. 0.20 pro Tag machen will, handelt finanzpolitisch falsch und betreibt meiner Meinung nach Symbolpolitik mit einem populistischen Anstrich. Das heisst, er instrumentalisiert die berechtigten Ängste und Wünsche des nach seiner Ansicht einfachen Volks, nur um zum Beispiel mehr Stimmen zu gewinnen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat möchte sich herzlich bei der FGK für die konstruktiv kritische und zielführende Arbeit bedanken. Insbesondere bedanken wir uns beim Präsidenten Mischa Vonlanthen für die fachliche und strukturell kompetente Leitung des Prozesses.
Der Stadtrat hat in den letzten vier Jahren den Budgetprozess laufend verfeinert und versucht zu optimieren. Nachvollziehbarkeit und Transparenz sind uns dabei wichtig. Mit dem Führungssystem werden jeweils die Aufgaben und Leistungen analysiert und priorisiert. Effekte und Einflüsse werden untersucht und fliessen in die Erwägungen bei der Erarbeitung des Budgets und des Finanzplans ein. Sämtliche Erwägungen und Überlegungen werden jährlich in einem Bericht dokumentiert. Dieser mittlerweile 77-seitige Bericht besteht aus einem Teil, der die strategische Sicht beleuchtet und einem zweiten Teil, der sämtliche Hintergründe und Ereignisse zum Finanzplan für die nächsten acht Jahre enthält. Zusammen gibt das Dokument einen umfassenden Blick auf die aktuellen und künftigen Entwicklungen der Finanzlage der Stadt Arbon. Darin enthalten sind aber auch Blicke über den Tellerrand hinaus zu Bund, Kanton und anderen Institutionen. Dieser Bericht ist seit dem 8. September auf der Webseite der Stadt Arbon unter dem Titel Ergänzende Informationen zu Budget, Finanzplan und Strategieprozess einsehbar und kann von jederfrau und jedermann heruntergeladen werden. Darüber haben wir in einer Medienmitteilung informiert. Die FGK hat den Bericht für die Beratung erhalten. Wir legen Ihnen insbesondere das Kapitel 5.5, die Zusammenfassung und Würdigung speziell ans Herz. Da erlangt man wirklich eine kurze und knackige Übersicht über die künftigen Herausforderungen.
Darin ist ersichtlich, dass sich gewisse Entwicklungen und Effekte, auf die wir bereits seit Längerem und auch im früheren Finanzplan hingewiesen haben, teilweise ihre Wirkung entwickeln werden. Sparbemühungen des Kantons, Kündigung Kantonsbeitrag Perspektive,

Verschiebungen von Leistungen im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S, wirtschaftliche Entwicklung usw. Im Ergebnis führt dies dazu, dass die Wahrscheinlichkeit für negative Rechnungsergebnisse zunimmt. Dies kann kurzfristig und mittelfristig, wie wir gehört haben, durch das Eigenkapital abgefedert werden. Derzeit also alles noch im Lot.
Aktuelle Hochrechnungen zeigen, dass wir insgesamt für das laufende Jahr ziemlich genau auf Budgetkurs sind. Mittelfristig stehen weitere strukturelle Veränderungen an. So fällt wie erwähnt ab 2029 die Liegenschaftensteuer weg. Gerade letzte Woche wurde im Grossen Rat die Anpassung der Spielregeln bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) beschlossen. Gemäss Mitteilung des Kantons, die schriftlich vorliegt, wirkt sich das in Arbon ab 2029 mit rund CHF 1.5 Mio. zusätzlichen Kosten aus. Das sind nur zwei Beispiele. Details kann man wie erwähnt in diesem Bericht oder in der Zusammenfassung nachlesen.
Diese zusätzlichen strukturellen Veränderungen können aus heutiger Sicht mittelfristig nicht mit dem Wachstum aufgefangen werden. Handlungsempfehlungen, wie man mit diesen strukturellen Veränderungen umgeht, sind ebenfalls in Kapitel 5.5 zu finden.
Bezüglich Finanzausgleich gibt es 2027 vom Kanton Thurgau ganz klare Berechnungstabellen. Diese findet man auch in diesem Bericht, inklusive Kurven, wie man das berechnet. Das können wir ziemlich genau berechnen. Wie es weitergeht, Konrad Brühwiler hat es angesprochen, liegt in den politischen Sternen und ist Sache des Parlaments des Kantons Thurgau. Zu diesem Thema habe ich mir erlaubt, unter Informationen aus dem Stadtrat Sie ausführlich zu informieren, wie da der Stand und die Haltung des Stadtrats ist.
Eine der Massnahmen ist die Überprüfung der Aufgaben, Leistungen und Finanzen. Es geht darum, durch die Analyse der gebundenen und freiwilligen Leistungen und Erträge mögliche Potenziale für die Verbesserung der Finanzlage, sollten sie dann nötig sein, aufzuzeigen. Die Abteilung Finanzen ist dabei, dazu ein entsprechendes Projekt zu initiieren. Ziel ist es, bis zum nächsten Budgetprozess für das Budget 2028 entsprechende Erkenntnisse vorliegen zu haben und diese auch politisch zu diskutieren. Das Erarbeiten der ganzen Grundlagen für Budget und Finanzplan ist jeweils mit entsprechender Arbeit verbunden. Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei meinen Stadtratskollegen und den Verwaltungsmitarbeitenden, insbesondere bei Pascal Büchler und allen Abteilungsleitenden und Stabsstellen für deren Einsatz bedanken. Ihnen, werte Parlamentarierinnen und Parlamentarier danke ich für die wohlwollende und kritische Würdigung des vorliegenden Budgets.
Zu guter Letzt: Konrad, ich kann dich beruhigen. Pascal und ich haben jedes der 3000 Konten vier bis fünf Mal durchgeschaut und mit verschiedenen Methoden Luft herausgebeamt. Auch im Finanzplan, dieser ist bereinigt.

Materielle Beratung

Erfolgsrechnung

0110 Legislative

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Da in diesem Bereich erstmals ein Besoldungskonto vorliegt, stelle ich die Anträge der FGK zu den Besoldungsanpassungen gleich an dieser Stelle. Sie gelten sinngemäss für alle weiteren Besoldungskonten.
Blicken wir kurz zurück. Das Stadtparlament hat mit dem Budget 2025 ausserordentlich hohe Lohnanpassungen bewilligt, um historische Lohnungleichheiten gezielt zu korrigieren. Auch für das laufende Jahr 2026 gab es bei einer effektiven Teuerung von 0.0 % eine kleine Lohnanpassung für alle Mitarbeitenden und eine individuelle Lohnanpassung von 0.8 %. Unsere Angestellten durften also in den letzten beiden Jahren von spürbaren Erhöhungen profitieren.
Für das Budget 2027 beantragt der Stadtrat nun eine Lohnanpassung von insgesamt 1.7 %, aufgeteilt auf 0.4 % Teuerung, 0.3 % generell und 1.0 % individuelle Lohnanpassungen.
Ordnen wir diese Zahlen kurz ein: Die Teuerungsprognosen für die Schweiz liegen aktuell bei rund 0.6 %. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH KOF rechnet aktuell mit einem nominalen Lohnwachstum von 1.0 % für das Jahr 2027. Und der Arbeitnehmerverband Angestellte Schweiz fordert in einem Artikel im August für das kommende Jahr nominal 1.5 %. Der Antrag des Stadtrats liegt also mit 1.7 % nicht nur über der Erwartung der KOF, sondern auch über der

Forderung des erwähnten Arbeitnehmerverbands. Ich vermute, es gibt noch andere Arbeitnehmerverbände, die mit höheren Zahlen operieren, aber das ist die Zahl, die ich gefunden habe.
Die Mehrheit der FGK schlägt Ihnen deshalb einen ausgewogeneren Weg vor. Wir beantragen immer noch aus unserer Sicht sehr faire 1.5 % Lohnanpassung, und zwar aufgeteilt auf 0.7 % für Teuerung und Generelles (sollte die Teuerung unter diesen 0.7 % liegen, also exakt gleich viel, wie der Stadtrat zusammen vorschlägt) und 0.8 % für individuelle Lohnanpassungen anstelle der beantragten 1.0 %. 0.8 % ist notabene auch jener Satz, welchen das Personal- und Besoldungsreglement grundsätzlich für individuelle Lohnanpassungen vorsieht. Ich denke, dieser Kompromiss ist fair und vernünftig. Die Teuerung wird vollständig ausgeglichen, und gute Leistungen werden weiterhin im Rahmen des PBR belohnt. Gleichzeitig entlasten wir das Stadtbudget nicht nur einmalig, sondern wiederkehrend um rund CHF 22'000. Ich bitte Sie deshalb im Namen der FGK-Mehrheit, diesem Antrag auf insgesamt 1.5 % Lohnanpassung zuzustimmen.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Ich spreche für die Kommissionsminderheit und für die Fraktion SP/Grüne. Wir haben es gehört, der Landesindex der Konsumentenpreise ist in Arbon Richtschnur für die Festlegung des Teuerungsausgleichs des städtischen Personals. Wo genau er zum Zeitpunkt des entsprechenden Entscheids des Stadtrats Ende dieses Jahres liegen wird, kommt derzeit einem Blick in die Glaskugel gleich. Im Moment – Mischa hat es gesagt und meine Recherche kommt zum selben Schluss – gehen die Schätzungen des Bundesamts für Statistik beispielsweise von 0.6 % aus, also höher als es der Stadtrat Anfang Sommer mit 0.4 % eingeschätzt hat. Mit Blick auf die Entwicklungen im Nahen Osten beispielsweise ist der Schluss naheliegend, dass eine nachhaltige Entspannung dort kurzfristig nicht in Sicht ist und die Ölpreise für die kommende Heizperiode in die Höhe treiben wird. Nur um ein Beispiel zu nennen, das den Landesindex der Konsumentenpreise beeinflusst. Wir können also nicht damit rechnen, dass die Teuerung unter den aktuellen Prognosen liegen wird. Eher das Gegenteil wird wohl der Fall sein. Vor diesem Hintergrund bedauert die Fraktion SP/Grüne den mangelnden Mut der FGK, für klare und faire Verhältnisse resp. für einen vollen Spielraum für den Stadtrat zu sorgen. Uns ist es ein sehr wichtiges Anliegen, dass alle städtischen Mitarbeitenden den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Alles andere ist aus unserer Sicht unangemessen und unseres Parlaments nicht würdig. Trotz dieses Einwands verzichtet die Fraktion SP/Grüne auf einen eigenen Antrag, sie verweist jedoch mit Nachdruck auf den Passus im FGK-Bericht, wonach es dem Stadtrat vorbehalten sei, per Nachtragskredit für einen vollständigen Teuerungsausgleich zu sorgen. Das ist aus unserer gewerkschaftlich geprägten Sicht keine Einladung oder Empfehlung, sondern ein Auftrag. Die Fraktion SP/Grüne wird vor diesem Hintergrund dem Antrag des Stadtrats folgen und empfiehlt Ihnen, es uns gleichzutun.

Manuel Bühler, FDP/XMV: Ich möchte mich heute gegen einen vollen Teuerungsausgleich und gegen eine generelle Lohnanpassung für das Personal der öffentlichen Hand aussprechen. Dabei geht es mir ausdrücklich nicht darum, die Leistungen der Mitarbeitenden der öffentlichen Hand infrage zu stellen. Gute Mitarbeiter sollen angemessen bezahlt werden. Und selbstverständlich soll die öffentliche Hand als Arbeitgeberin konkurrenzfähig sein. Wir müssen aber auch die Entwicklung über mehrere Jahre betrachten. Insbesondere nehme ich da den Zeitraum seit 2022 heraus. Die Zahlen des Bundesamts für Statistik zeigen ein bemerkenswertes Bild für die Ostschweiz. Während die Löhne in der Industrie in den vergangenen Jahren nur moderat gestiegen sind, haben sich die Löhne in der öffentlichen Verwaltung deutlich stärker entwickelt. 2023 stiegen die Nominallöhne in der öffentlichen Verwaltung um 3.6 %, in der Industrie um 2.1 %. 2024 waren es 2.5 % gegenüber 1.5 % und 2025 nochmals 3.3 % vs. 1.5 %. Das bedeutet, allein in diesen drei Jahren ist die Lohnentwicklung um 5 % auseinandergedriftet. Und genau deshalb sollten wir heute nicht nur fragen, wie hoch die Teuerung war, sondern auch: Wie haben sich die Löhne im Vergleich zu anderen Arbeitgebern tatsächlich entwickelt? Denn die Mitarbeitenden in unseren Gewerbebetrieben, in der Industrie und im Baugewerbe sind ebenfalls von der Teuerung betroffen. Viele dieser Unternehmen konnten ihren Mitarbeitenden aber keineswegs jedes Jahr einen vollständigen Teuerungsausgleich gewähren. Viele haben gar keinen gewährt. Im Gegenteil: Gerade exportorientierte Unternehmen in unserer Region stehen

unter erheblichem Kosten- und Margendruck. Gleichzeitig müssen sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten und ihre Löhne finanzieren können. Wir sollten deshalb vermeiden, dass sich in der öffentlichen Hand über mehrere Jahre eine Aufwärtsspirale entwickelt, während die Privatwirtschaft deutlich zurückhaltender agieren muss. Ein Blick auf die Lohnentwicklung seit 2022 zeigt, dass genau diese Entwicklung bereits eingesetzt hat. Das BFS weist für 2025 eine durchschnittliche Nominalerhöhung von 1.8 % aus. Im Industriesektor waren es 1.5 %, im Baugewerbe 1.3 %. Die öffentliche Hand hingegen verzeichnete 3.3 %. Das ist mehr als doppelt so viel wie im Bau und mehr als doppelt so viel wie in den besonders wichtigen Industriebranchen. Ich plädiere deshalb für einen differenzierten Umgang mit der Teuerung und der generellen Lohnerhöhung. Leistung soll honoriert werden, Fachkräfte sollen gehalten werden, marktbedingte Lohnkorrekturen sollen möglich sein. Aber ein voller Teuerungsausgleich und generelle Lohnerhöhungen für alle ist aus meiner Sicht angesichts der bereits erfolgten Lohnentwicklung nicht mehr sachgerecht. Gerade weil die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren in der Lohnentwicklung teilweise deutlich stärker zugelegt hat als Industrie und Bau, sollten wir Augenmass bewahren. Wir sollten unsere Mitarbeitenden fair bezahlen, aber wir sollten auch fair gegenüber den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern sein. Deshalb unterstütze ich keinen vollen Teuerungsausgleich und keine generellen Lohnerhöhungen im geforderten Ausmass, werde aber trotzdem keinen entsprechenden neuen Antrag stellen, bitte euch aber gleichzeitig, auch in der Finanzkommission die Entwicklung weiter genau zu beobachten und entsprechend für das Budget 2028 deutlicher zu gewichten.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ich spreche auch als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission und möchte meinen Dank für das ausgezeichnete Votum meines Vorredners ausdrücken. Es trifft den Nagel vollkommen auf den Kopf. Denken wir bitte an unsere Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Arbon. Wenn wir das genau anschauen, bezahlen rund 40 % der Steuerzahlenden keine Steuern. Stellen Sie sich vor, wie viel diese Leute verdienen. Nämlich nicht so viel. Neben den Argumenten, die Manuel Bühler schon erwähnt hat, muss man auch an diese denken.
Dann möchte ich auch als Mitglied der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission sprechen. Der Vorschlag, den die Mehrheit der Kommission macht, ist sehr grosszügig. Wir sprechen von insgesamt 1.5 %. Hinzu kommen noch, was wir in der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission nicht so gerne sehen, generelle Lohnanpassungen. Deshalb haben wir das zusammen genommen in 0.7 % Teuerung und generelle Lohnanpassung und 0.8 % individuelle Lohnanpassung. Das scheint mir ein ganz wichtiger Aspekt zu sein. Abgesehen davon hat der Stadtrat hier genügend Spielraum. Wenn die Teuerung über diesen Satz hinausgeht, hat er die Möglichkeit, dies via Nachtragskredit zu korrigieren. Aber es ist eigentlich alles im Lot.
Dann kommt noch etwas hinzu, was wir nicht direkt sehen. Wir sprechen nur über CHF 22’000, und das jedes Jahr. Wir müssen auch bedenken, dass in den letzten Jahren die Lohnkosten generell dramatisch gestiegen sind. Dann kommt noch dazu, dass wir genügend Personal brauchen, um die Aufgaben der Zukunft zu bewältigen. Das bedeutet im Klartext, wenn wir mehr Personal einstellen wollen, gibt es auch da wiederum mehr Lohnkosten. Das ist eine Spirale, die sich nach oben dreht. Daher bin ich auch 100 % überzeugt, dass die Mehrheit der FGK einen fairen Antrag stellt und bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Der Stadtrat hat diesen Aspekt ebenfalls sorgfältig geprüft und mit der Personalkommission beleuchtet. Deshalb beantragt der Stadtrat bewusst eine individuelle Lohnanpassung von 1 %. Die Stadt Arbon ist auf motivierte und leistungsfähige Mitarbeitende angewiesen. Die beantragten Mittel werden nicht pauschal verteilt, sondern gezielt für die Anerkennung besonderer Leistungen eingesetzt. Die finanzielle Differenzierung zwischen 0.8 % und 1.0 % ist, wie wir gehört haben, überschaubar. Die Wirkung auf die Motivation, Wertschätzung und Arbeitsattraktivität ist hingegen spürbar. Das Wachstum der Stadt, zahlreiche Entwicklungsprojekte wie verschiedene Digitalisierungsschritte belasten den Verwaltungsdienst zusätzlich. Dies alles erfordert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Efforts. Mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Lösung besteht etwas mehr Spielraum, dies gezielt und differenziert zu würdigen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass diese Investition in unsere

Mitarbeitenden letztlich auch eine Investition in die Qualität der Leistungen für die Bevölkerung von Arbon ist. Wir empfehlen Ihnen deshalb, bei der stadträtlichen Fassung von 1.0 % zu bleiben.

Abstimmung
Der Antrag der FGK wird mit 20 Ja-Stimmen gegen 9 Nein-Stimmen angenommen.

0210.4612.90 Bezugsprovisionen Körperschaften

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Hier sind CHF 630'000 Einnahmen budgetiert. Aufgrund der Rechnung 2025 und der Hochrechnung 2026 erhöht die FGK hier den Budgetbetrag um CHF 20'000 auf CHF 650'000.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Wenn nicht, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

3110.3636.02 Beiträge an Museumsgesellschaft Arbon

Konrad Brühwiler, SVP: Ich nehme es vorneweg, dass wir die Arbeit, die Ausstrahlung und die Attraktivität des Historischen Museums sehr schätzen und anerkennen. Wir haben vorhin die vorberatende Kommission für diese Budgetposition gewählt, nämlich eine angestrebte Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Arbon und der Museumsgesellschaft Arbon betreffend der finanziellen Unterstützung von CHF 40'000 per 1. Januar 2027. Wir sind also im Moment noch gar nicht sicher, was die vorberatende Kommission dem Parlament empfiehlt bzw. was das Parlament entscheidet und ob diese finanzielle Unterstützung überhaupt zustandekommt. So wie es aussieht, soll mit dem zugesagten Geld der Stadt der Eintritt ins Historische Museum gratis werden. Bisher bezahlten Frau und Mann CHF 6, Lehrlinge und Studenten CHF 3, Schüler bis 16 Jahre sind gratis. Und bei einem Eintritt mit dem Raiffeisen Museumspass darf man ebenfalls gratis ins Museum, und der Eintritt wird von der Raiffeisenbank übernommen. Das soll nun alles wegfallen, dagegen wehren wir uns.
Der Kanton Thurgau geht genau den umgekehrten Weg. In der heutigen Thurgauer Zeitung lesen wir, dass eine der Aufgaben- und Verzichtsplanungen der Regierung des Kantons neu die Erhebung von Eintrittspreisen bei Thurgauer Museen sein wird. Folgende Argumente sprechen Moment gegen eine Leistungsvereinbarung:

1. Was nichts kostet, ist nichts wert. Mit der vorgesehenen Leistungsvereinbarung wird das Historische Museum abgewertet. Soll das Historische Museum neu zum Kinderspielplatz werden? Denn das droht es zu werden, wenn Gratiseintritt für alle gilt.
2. Wenn nun das Historische Museum mittels Leistungsvereinbarung so einfach zu Geld kommt, wen wundert es, dass das Saurermuseum – in der vorhergehenden Position haben wir das stillschweigend bewilligt – Antrag auf Erhöhung stellt? Als Nächstes dürften MoMö, Sonnenblumenhaus und weitere folgen, die ebenfalls den Eintritt durch die Stadt bezahlen lassen. Unter dem Aspekt, dass die Stadt Arbon die Eintritte übernimmt, lässt sich doch viel besser leben.
3. Wir lehnen diese Budgetposition ab im Wissen darum, dass der Betrag nach der Beratung in der vorberatenden Kommission und durch das Parlament und unter den anderen Voraussetzungen und Bedingungen, also nicht Gratiseintritt, wieder aufgenommen werden kann. Aber, ich wiederhole mich, unter anderen Voraussetzungen: kein Gratiseintritt. Und um zu verhindern, dass es heisst, aber beim Budget habt ihr diesen Betrag stillschweigend durchgewunken und keiner hat sich dagegen gewehrt, beantrage ich, diese Position bzw. diesen Betrag aus den Budget 2027 zu streichen.
4. Zur Differenz von CHF 35'000 im Budgetvorschlag bzw. CHF 40'000 in der Botschaft zur Leistungsvereinbarung kann mir der Stadtrat diese Differenz von CHF 5'000 sicher erklären.

Antrag Position 3110.3636.02 Beiträge an die Museumsgesellschaft Arbon sind ersatzlos zu streichen.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Die FGK hat sich natürlich auch Gedanken gemacht über diesen Budgetposten. Im laufenden Budget 2026 war ursprünglich ein Betrag von CHF 40’000 budgetiert, und auf Antrag der FGK wurde dieser Betrag herausgestrichen. Grund war damals, dass effektiv noch keine Leistungsvereinbarung vorlag und man gar noch nicht wusste, was überhaupt diskutiert wird. Heute haben wir eine Kommission gebildet, die das diskutiert. Wir sind also einen Schritt weiter. Wir können es so oder so machen. Die FGK hat sich dazu entschlossen, den Betrag im Budget zu lassen, die Diskussion zu führen, zuerst in der Kommission, dann im Parlament und dann entweder den Betrag im Budget zu belassen, wenn das Parlament dem zustimmt, oder aber dann fällt er aus dem Budget raus. Oder man kann es umgekehrt machen, und je nachdem, wie der Entscheid fällt, bleibt der Betrag im Budget oder fällt heraus. Die FGK hat sich dazu entschlossen, den Betrag im Budget zu lassen und die Diskussion zu führen. Es ist noch kein Entscheid gefallen. Den Entscheid fällt das Parlament nach der Kommissionsarbeit. Aus meiner Sicht kann der Betrag im Budget bleiben.

Ulrich Nägeli, SVP: Wir haben das in der Kommission diskutiert, das stimmt. Wir haben aber auch über das EZO diskutiert. Da wurde auch ein Kredit gesprochen, und es wurde uns nie eine Leistungsvereinbarung gezeigt. Es gibt keine. Daher sind wir da ein bisschen vorsichtig geworden. Man kann da nicht einfach einen à fonds perdu-Betrag sprechen. Wir haben jetzt diese Kommission gebildet, damit genau das geprüft werden kann. Wir sind in der FGK auch sehr vorsichtig geworden, Gelder zu sprechen, ohne dass eine Leistungsvereinbarung vorliegt. Beim EZO haben wir bis heute keinen einzigen Leistungsnachweis erhalten. Das wurde uns die ganze Zeit vorenthalten, obwohl wir das schon mehrfach verlangt haben. Deshalb ist es jetzt nicht mehr als konsequent, dass wir sagen, wir nehmen es heraus. Wenn es von der Kommission, die wir heute gebildet haben, gutgeheissen wird, kann das Parlament es als Nachtragskredit in 2027 reinnehmen.

Abstimmung
Der Antrag von Konrad Brühwiler wird mit 11 Ja-Stimmen gegen 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

5451 Kinderkrippen und Kinderhorte

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass bei Kinderkrippen und Kinderhorte eine deutliche Steigerung stattgefunden hat. Dies aufgrund des entsprechenden Reglements, das wir erlassen haben. Das Reglement, das wussten wir, hat wesentliche wiederkehrende Mehrausgaben zur Folge. Es wurde geprüft, ob diesbezüglich ein Referendum fakultativ oder obligatorisch vorhanden ist. Das wurde abgelehnt. Ich stelle fest, dass wir bei der Gemeindeordnung genau das ausdrücklich bestätigt haben. Das bedeutet für die Stimmberechtigten, was unter Normen von der Legislative ausgegeben wird, ist von demokratischen Rechten völlig ausgeschlossen. Weder ein fakultatives noch ein obligatorisches Referendum.
Und zur Sache selbst: Ich sehe, dass das Betreuungsgutschriftenreglement Arbon mit der Subjekt-, statt Objekt-Unterstützung sehr fortschriftlich war. Ich habe das begrüsst, stelle aber fest, dass auf kantonaler Ebene der entsprechende Vorschlag, das entsprechende System, nicht durchdringt. Folge ist, dass Arboner Erziehungsberechtigte ihre Kinder in Arbon in Kinderkrippen schicken dürfen und auch in auswärtige Institutionen, in Salmsach zum Beispiel oder Steinach. Auch ausserkantonale, die werden nämlich von der Stadt anerkannt, wenn sie entsprechend ausgerüstet sind. Umgekehrt natürlich nicht. Ein Anbieter einer Kita in Arbon ist chancenlos gegen Auswärtige, denn die können die Tarife gar nicht bezahlen, und der entsprechende Erziehungsberechtigte wird sagen, in der Standortgemeinde bekomme ich einen deutlich tieferen Tarif. Eine Ungerechtigkeit. Wir haben uns diesbezüglich vielleicht zu revidieren.

6150.4240.01 Gemeindestrassen, Durchleitungsrechte

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Hier bin ich besonders stolz, wir verbessern das Budget um CHF 200. Bei diesem Konto wurde das Vorzeichen vergessen. Es handelt sich um einen Ertrag, also minus CHF 100. Das wäre bitte anzupassen.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Gibt es Wortmeldungen zum Antrag der FGK? – Wenn man nicht, gilt der Antrag stillschweigend als angenommen.

Markus Kühne, Die Mitte/EVP: Ich beantrage im Budget 2027 bei der Funktion Gemeindestrassen 6150 einen einmaligen Betrag von CHF 25'000 für rasch umsetzbare Massnahmen zur Verbesserung der Schulwegsicherheit in Arbon. Die Mittel sollen für kleinere, realisierbare Massnahmen und identifizierte Gefahrenstellen eingesetzt werden, beispielsweise bessere Überquerungsmöglichkeiten, Markierungen, Signalisationen, Geschwindigkeitsmessanlagen oder auch Sichtverhältnisverbesserungen oder Sensibilisierungsmassnahmen. Diese Massnahmen sollen gemeinsam mit den zuständigen Stellen geprüft und nach Gefährdungspotenzial, Dringlichkeit, Umsetzbarkeit und erwarteter Wirkung priorisiert werden.
Ihr fragt euch vielleicht, warum ich gerade jetzt diesen Antrag bringe. Seit Herbst 2025 besteht eine Projektgruppe Schulwegsicherheit. Ein Projekt von Elternvertretungen in Zusammenarbeit mit allen Schulgemeinden in Arbon, Stachen und Frasnacht sowie der Stadt Arbon. Auch ich gehöre dieser Projektgruppe an, die sich diesem Thema, welches vielen Eltern sehr wichtig ist, widmet. Aktuell werden Schwachstellen auf den Schulwegen systematisch erhoben und dabei die Erfahrungen und Beobachtungen von Eltern und Kindern einbezogen. Die daraus entstehenden Vorschläge werden anschliessend gemeinsam mit der Stadt und den zuständigen Fachstellen geprüft, priorisiert und auf ihre Umsetzbarkeit beurteilt. Gerade deshalb ist ein einmaliger Betrag im Budget jetzt sinnvoll. Die laufende Erhebung zeigt rechtzeitig auf, wo die Mittel gezielt eingesetzt werden können. So lassen sich erste Massnahmen mit überschaubarem Aufwand und möglichst grosser Wirkung umsetzen. Ich finde, dieses Projekt bietet die Chance, jetzt rasch konkrete Verbesserungen zu erzielen bei einem Thema, nämlich der Schulwegsicherheit der Kinder, die wohl allen ein Anliegen ist und deshalb eine hohe Wichtigkeit hat. Ich bitte euch sehr, diesen Antrag wohlwollend zu prüfen und den Betrag von CHF 25'000 ins Budget aufzunehmen.

Konrad Brühwiler, SVP: Wir finden es sehr lobenswert, wenn sich Elternvertreter in einer Projektgruppe mit den Schulgemeinden über Schulwegsicherheit austauschen. Trotzdem bitte ich Sie, diesen Antrag abzulehnen und begründe dies wie folgt:

1. Es kann nicht sein, dass immer mehr Aufgaben, die von privaten Vereinen, Organisationen usw. aufgelistet werden und mittels zusätzlichem Budget und zusätzlicher Kostenstelle zulasten der Stadt Arbon budgetiert und bezahlt werden sollen.
2. Auf der Homepage www.schulweg.ch/map stelle ich eine unglaubliche Aktivität in Arbon fest. Da erscheinen mindestens 25 Hotspots in der ganzen Stadt. So viele Gefahrenstellen wie sonst nirgendwo in der Schweiz. Bei einem Hotspot ist zum Beispiel der Vermerk «Zebrastreifen, an welchem viele nicht anhalten». Ich bin Fahrlehrer. Wenn einer am Zebrastreifen nicht anhält, fällt er durch die Prüfung. Punkt, Schluss. Ich frage mich, was ihr hier plant, wie ihr vorgehen wollt.
3. Dem Antrag fehlt die Transparenz. Was genau ist jetzt mit diesem Geld der Steuerzahler geplant? Geht ihr hin und zeichnet einen neuen Fussgängerstreifen oder verlegt diesen? Oder werden mit dem Geld in Zukunft Zusammenkünfte und Personalkosten bezahlt?
4. Die Gefahr von Doppelspurigkeiten ist da. Die Stadt hat bei der Position Gemeindestrassen ein Budget von CHF 1.5 Mio., CHF 99'000 höher als in diesem Jahr budgetiert.

Die Stadt ist zusammen mit den Schulgemeinden für eine praktikable Schulwegsicherheit verantwortlich. Da braucht es keine zusätzlichen Beträge. Für mich stellt sich zudem die Frage, ob die Anliegen des Vereins nicht mit Sicherheit zusammenhängen und damit allenfalls sogar mit

einer Spezialfinanzierung bezahlt werden können, da Sicherheit auch ein Anliegen der Stadt ist. Ich bitte Sie aus all diesen Gründen, diesen Antrag abzulehnen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Vielen Dank für diese Ausführungen. Ja, man kann so argumentieren und weitgehend ist das sicher okay, aber ich möchte ein bisschen ausholen. Wir in der Schweiz sind nach wie vor stolz darauf, dass unsere Kinder selbst zur Schule gehen können. Das wird aus verschiedenen Gründen aber zunehmend problematisch. Der Verein hat das in Arbon analysiert. Ich sehe es ein bisschen differenzierter. Ich finde, wir sollten alles daran setzen, die Sicherheit zu erhöhen, wenn es neuralgische Punkte gibt. Das ist letztlich auch im Interesse des Steuerzahlers, egal ob es von den Schulsteuern oder von den politischen Steuern ist. Aus meiner Sicht macht es sehr wohl Sinn, hier ein Zeichen zu setzen und diesen Betrag zu sprechen. Was es genau für Massnahmen sind, sagt der Antrag nicht, aber wir haben dafür Fachleute in der Stadt, die das mit den Verein besprechen können. Ich bitte Sie, den Antrag anzunehmen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich habe die Webseite auch aufgerufen, die eingerichtet worden ist, und stelle fest, dass ein wesentlicher Punkt, der sehr gefährlich ist, nicht aufgeführt ist. Ich gehe vom Grundsatz aus, dass der Verursacher auch dafür sorgen muss, dass die Gefahren möglichst klein bleiben. Die Schulen ziehen die Schüler an, die überqueren Strassen. Sie wissen ganz genau, wo die Schüler durchzugehen haben. Und ich stelle fest, dass die Schüler aus dem Stachener Unterfeld durch den Obstumschlagplatz der Mosterei Möhl zu gehen haben, dann die stark befahrene St. Gallerstrasse zu überqueren haben, um im Schulhaus Stachen anzukommen. Dabei gebe es den einfachen, wunderschönen Flurweg, nämlich die Wuhrstrasse, um ins Stacherholz-Schulhaus zu kommen. Die äussere Brühlstrasse grenzt an das Schulhausareal Stachen. Diese Arboner Schüler sehen das Schulhaus. Was haben sie zu tun? Über die St. Gallerstrasse zu gehen, um im Stacherholz-Schulhaus den Kindergarten oder die Schule zu besuchen. Solange solche Verhältnisse in Arbon herrschen und die entsprechenden Gemeinden nicht dagegen vorgehen, bin ich nicht bereit, irgendwelche flankierenden Massnahmen von Steuergeldern auszugeben. Ich unterstütze daher den Antrag von Konrad Brühwiler und bitte Sie, es ihm gleichzutun.

Markus Kühne, Die Mitte/EVP: Ich möchte zwei Sachen ergänzen. Ich möchte Ihnen nicht sagen, wie Sie in dieser Sache entscheiden sollen, aber es ist mir wichtig, dass Sie aufgrund von Fakten entscheiden. Diese Map, ich habe es euch erklärt, ich habe es in der Begründung geschrieben, das sind Einträge von Eltern, die noch nicht priorisiert sind. Das habe ich ja vorhin auch erklärt. Wir sind an der Sammlung von Schwachstellen. Und ja, da hat es Sachen drauf, die es sicher nicht auf eine Prioritätenliste schaffen werden, die wir dann mit den Fachstellen der Stadt anschauen. Nicht einfach jeder kann etwas wünschen, und es wird ausgelöst. Das ist wohl klar, aber scheinbar nicht bei allen angekommen.
Weiter sind wir nicht irgendein Verein, der irgendein Hobby betreibt. Wir sind kein Verein, wir sind eine Projektgruppe, die dieses Projekt zusammen mit den Schulbehörden und der Stadt ehrenamtlich macht. Wir haben keine Gelder, die wir für unsere Bespassung nutzen. Es soll ein gezielter Beitrag sein, damit wir schnell umsetzbare Massnahmen machen können. Nicht wir vom Projektteam entscheiden schlussendlich, sondern das ist die Stadt, die über die Massnahmen entscheidet. Einfach um das noch klarzustellen. Dann ist es schlussendlich Ihre Entscheidung, ob Sie diesem Thema, welches für viele Eltern sehr wichtig ist, für das nächste Jahr eine besonders hohe Priorität geben oder nicht.

Reto Gmür, BFA: Ich kann den Antrag nachvollziehen. Was ist jedoch mit den Elterntaxis? Ich wohne an der Brunnenwiesenstrasse, dort sind es die Elterntaxis, die die Situation stark gefährden. Ich möchte diesen Punkt in die Entscheidung einfliessen lassen und bitte Sie, das auch zu tun.

Jakob Auer, SP/Grüne: Wenn man das Budget 2027 genau beobachtet, sieht man, dass dieser Betrag im Vergleich zum letzten Jahr bereits durch den Stadtrat um CHF 3’000 erhöht wurde. Auch beim baulichen Unterhalt Gemeindestrassen wurde der Betrag um CHF 20'000 auf

CHF 200’000 erhöht. Ich gehe davon aus, dass der Antrag von Markus Kühne mit diesem bereits budgetierten Mehraufwand ausgeführt wird. Man hat gesehen, dass allfällige Markierungen nötig sind, und wenn diese CHF 48’000 nicht genügen, denke ich, gibt es einen Spielraum, mit der vorgenannten Position mit CHF 200’000 die notwendigen Markierungen und Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Vielleicht kann der zuständige Stadtrat genauer darauf eingehen, aber ich denke, dass wir den Antrag von Markus Kühne ablehnen sollten.

Stadtrat Dieter Feuerle, Grüne: Besten Dank für diesen Antrag und die Arbeit, welche die Projektgruppe Schulwegsicherheit bereits geleistet hat. Wir werden die Meldungen der Projektgruppe sehr ernst nehmen und Optimierungen zur Erhöhung der Schulwegsicherheit bzw. generellen Verkehrssicherheit prüfen und möglichst umsetzen.
Jetzt die schlechte Nachricht: Ich bitte Sie, den Antrag von Markus Kühne abzulehnen, um sogleich die gute Nachricht folgen zu lassen. Jakob Auer hat es offenbar gespürt. Für die von Markus Kühne vorgeschlagenen kleineren, kurzfristig realisierbaren Massnahmen haben wir bereits Geld in einem Konto budgetiert, nämlich im Konto 3141.42. Dieses Konto finden Sie eine Zeile höher unter dem Titel Baulicher Unterhalt Gemeindestrassen. Hier sind für 2027 CHF 200’000 eingestellt. Mit dieser Summe sind auch Gelder für kleinere bauliche Massnahmen, die der Verkehrssicherheit dienen, enthalten. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag von Markus Kühne abzulehnen.

Markus Kühne, Die Mitte/EVP: Vielen Dank Dieter für diese Ausführungen. Ich habe gelernt, dass dieses Thema bei der Stadt eine hohe Priorität hat. Entsprechend hat man bereits einen Betrag für dieses Thema eingestellt, was mich sehr freut. Das konnte ich aus den Budget nicht entnehmen. Entsprechend kann ich meinen Antrag zurückziehen, weil ich ja jetzt gelernt habe, dass es bereits ein Kässeli gibt, wenn wir mit Vorschlägen kommen, welches wir für sinnvolle Massnahmen zur Sicherheit der Kinder nutzen können.

7500.3636.01 Arten- und Landschaftsschutz, Diverse Beiträge

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Ganz besonders begrüsse ich heute Abend die Vertreterinnen und Vertreter des Vereins Meise. Willkommen in unserer Runde.
Der Verein Natur- und Vogelschutz Meise Arbon und Umgebung leistet seit bald 100 Jahren wertvolle und wichtige Arbeit für unsere Stadt, unsere Natur und Vogelwelt. Mit der Betreuung von mehr als 1000 Nistkästen, der Pflege von Lebensräumen, Vogelzählungen, Gebäude, Brütermonitoring sowie der Sensibilisierung und Unterstützung der Bevölkerung übernimmt der Verein wichtige Aufgaben, die im öffentlichen Interesse liegen. Für diese vielfältigen Leistungen erhält der Verein heute gerade einmal CHF 500 pro Jahr von der Stadt. Wir sind der Meinung, dass dieser Betrag dem tatsächlichen Engagement und Nutzen für die Stadt Arbon nicht gerecht wird. Die Fraktion Die Mitte/EVP beantragt einstimmig, den jährlichen Beitrag von aktuell CHF 500 auf CHF 3'500 zu erhöhen. Mit dieser Erhöhung können wir die vielen tausend ehrenamtlich geleisteten Stunden der Vereinsmitglieder zwar bei Weitem nicht abgelten, wir setzen damit aber ein Zeichen der Anerkennung und unterstützen die wertvolle Arbeit für unsere Natur und Vogelwelt angemessener. Wir beantragen somit die Erhöhung des Kontos 7500.3636.01 von bisher CHF 1'000 um CHF 3'000 auf CHF 4'000.
Andere Natur- und Vogelschutzvereine in der Umgebung haben mit ihren Gemeinden Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Auch der Verein Meise strebt im kommenden Jahr den Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt Arbon an. Ich hoffe, das gelingt ihnen zur 100-Jahr-Feier. Wir als Fraktion Die Mitte/EVP unterstützen dieses Vorhaben ausdrücklich. Bitte setzen auch Sie ein Zeichen für die wertvolle Arbeit des Vereins Natur- und Vogelschutz Meise Arbon und Umgebung und unterstützen Sie unseren Antrag.

Jakob Auer, SP/Grüne: Ich setze sicher ein gutes und positives Zeichen gegenüber dem Verein Meise, setze aber ein negatives Zeichen gegenüber dem Vorgehen. Es ist festzuhalten, dass niemand hier im Saal die Arbeit und das Engagement des Vereins nicht unterstützt. Der Verein setzt sich unter verschiedenen Punkten ein, Aurelio hat es bereits aufgezählt, daher verzichte ich auf eine Wiederholung. Das ist auch auf deren Homepage nachzulesen.

Die Fraktion SP/Grüne steht geschlossen zu einer Erhöhung. Was aber für die Fraktion unglücklich ist, dass dies in einer Budgetsitzung beantragt wird, zumal der anerkannte Verein sich direkt beim Stadtrat melden kann. Übrigens kann sich jeder Verein beim Stadtrat melden, wenn er ein finanzielles oder materielles Bedürfnis hat. Dieser kann dann in eigener Kompetenz über eine Erhöhung entscheiden. Bei einer Zustimmung zu diesem Antrag schaffen wir wenn möglich ein Präjudiz für ähnliche Fälle, was in einer Budgetberatung nicht zielführend ist. Daher wird die Fraktion SP/Grüne den Antrag ablehnen.

Konrad Brühwiler, SVP: Eigentlich ist der Betrag, um den es hier geht und den die Fraktion Die Mitte/EVP mittels Antrag stellt, meine Redezeit nicht wert. Und ich sehe natürlich den Nutzen und das Engagement, das dieser Verein für die Allgemeinheit erbringt. Da gebe ich meinen beiden Vorrednern vollkommen und 100 % Recht. Aber ich warne einfach davor, alle Aufgaben an den Staat zu verschieben. Nicht für alles ist der Staat verantwortlich. Es braucht die privaten Vereine und Organisationen, die diese Aufgabe mit Herzblut und Engagement viel besser machen. Und vor allem warne ich davor, ehrenamtlich geleistete Stunden per Budgetbeschluss und mit Steuergeldern für Lohnauszahlungen zu quittieren. Falls eine grössere Unterstützung für Vereine wie den Verein Natur- und Vogelschutz Meise notwendig ist, befürworte ich solche Beiträge, aber dann nur mit einer Leistungsvereinbarung. Bis dahin lehne ich solche Anträge aus formellen Gründen ab. Ich bitte Sie deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Vielen Dank an meine Vorredner, dass sie diese Arbeit auch unterstützen und bereit sind, einen höheren Betrag dafür auszugeben. Jedoch zum Vorgehen: Es ist nicht so, dass wir das einfach so von uns aus gemacht haben. Wir wurden vom zuständigen Stadtrat sogar darauf hingewiesen, dies bitte zu tun, nämlich via Budgetantrag. Ich weiss natürlich nicht, was ich tun soll. Wenn mir den zuständigen Stadtrat sagt, bitte mach einen Budgetantrag, dann mache ich das. Wenn das allenfalls nicht so sein sollte oder nicht korrekt ist, dann bitte korrigiert es. Aber wir haben das ausdrücklich auf Anraten des Stadtrats hin gemacht.
Dann zum Votum von Konrad Brühwiler: Ich finde es schon ein bisschen speziell. Wer kümmert sich denn um unsere Natur und Vogelwelt? Wer hat diese tolle Arbeit geleistet? Es geht ja gar nicht um einen Lohn, sondern um eine symbolische Anerkennung. Ich bitte Sie, das zu würdigen und heute Abend ein Zeichen zu setzen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich würde es der Meise auch gönnen. Beim Traktandum zum Schloss haben wir anders gestimmt. Jetzt dreht sich die Meinung wieder, dass sie eine Leistungsvereinbarung brauchen. Es geht heute einmal in diese und einmal in jene Richtung. Ich bleibe bei meiner Meinung. Diese Leistungsvereinbarungen müssen vorliegen, damit man eine Leistung spricht. Beim Schloss haben wir vorhin abgestimmt und gesagt, wir machen es direkt, jetzt stimmen wir wieder darüber ab. Mal schauen. Links von mir hat sich die Meinung geändert, ich bin gespannt auf die Abstimmung.

Judith Huber, Die Mitte/EVP: Ich möchte mich dem Votum von Aurelio Petti anschliessen und ergänzend Folgendes erwähnen: Der Verein Natur- und Vogelschutz Meise führt seit mehr als 60 Jahren systematische Wasservogelzählungen durch. Dazu braucht es Expertenwissen. Denn die Resultate werden wissenschaftlich ausgewertet. Sie werden unter anderem auch der Vogelwarte Sempach geliefert. Im Winterhalbjahr werden während acht Monaten jeden Monat einmal die Zählungen der Winterwasservögel von der Luxburg bis Steinach durchgeführt. Koordiniert werden die Zählungen mit der ornithologischen Arbeitsgemeinschaft Bodensee. Unsere Bucht ist ein wichtiger Standort für Wintergäste, für Vögel, die Pause machen und Dauergäste. Der Verein Meise leistet nur schon mit diesen Zählungen seit Jahren einen wichtigen Beitrag an die Wissenschaft. Ich meine, da ist ein erhöhter Beitrag angemessen. Hier wird gratis wissenschaftliche Arbeit geleistet von Experten.

Peter Künzi, FDP/XMV: Es steht ja ausser Zweifel, dass der Vogelschutzverein Meise wichtige und wertvolle Arbeit leistet. Aber den wichtigsten Punkt hat Jakob Auer bereits erwähnt, und es ist wahrscheinlich notwendig, dass ich das jetzt nochmals wiederhole. Wenn wir diesen Antrag heute Abend annehmen, dann schaffen wir ein Präjudiz. Und dann werden wir damit leben

müssen, dass fallweise an den nächsten Budgetdebatten vielleicht vier, fünf oder sechs andere Vereine, die genauso wertvolle Arbeit leisten, ihre Anträge ebenfalls im Rahmen der Budgetdebatte stellen. Das ist grundsätzlich falsch, und deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

Jakob Auer, SP/Grüne: Wenn, wie Aurelio Petti sagt, die Empfehlung vom Stadtrat kommt, ist das ja löblich. Wenn man vom Geldgeber persönlich eine Empfehlung bekommt, ist das ja gut. Ich würde vorschlagen, wir lehnen den Antrag aus formalen Gründen ab, damit es kein Präjudiz gibt, und der Vogelverein Meise platziert morgen das Gesuch beim Stadtrat. Dann sollte dem eigentlich nichts mehr im Weg stehen, und beide haben gewonnen. Wir haben kein Präjudiz geschaffen, und der Verein Meise mit seinem unermüdlichen Engagement bekommt das, was er gern hätte, mehr Geld für seine Arbeit.

Riquet Heller, FDP/XMV: Bitte bedenken Sie, dass wir demnächst über Folgendes abstimmen werden: Flachufer, Bucht und Vogelinsel CHF 5 Mio. Land abgegeben für die Bucht, da vorne, direkt am See, gratis dem Naturschutz gewidmet. Wie viel Sie dafür einsetzen wollen, überlasse ich Ihnen. Dann sind wir auch drauf und dran, das Schwimmbad zum Winternaturschutzgebiet zu erklären. Ich glaube, es ist genug getan in diesem Zeitabschnitt für den Naturschutz. Zu reden ist mit mir, wenn eine Leistungsvereinbarung mit dem Verein Meise gemacht wird. Dann muss er nämlich für die Stadt gewisse Leistungen erbringen, und ich denke, das könnte eine gewisse Entlastung für das Bauamt bringen. Aber nur bei einer Leistungsvereinbarung. Demzufolge Streichungsantrag bitte unterstützen.

Stadtrat Daniel Bachofen, SP/Grüne: Ich möchte Aurelio korrigieren. Ich bin nicht der zuständige Stadtrat. Aber es ist so, ich habe tatsächlich gesagt, er kann ja einen Antrag stellen um die Meise besser zu unterstützen. Aber auch ich als Stadtrat habe festgestellt, dass das nicht gerade die beste Idee war. Es wäre sicherlich besser, wenn man das vorher macht oder wenn man eine Leistungsvereinbarung abschliesst, bevor man den Antrag im Budget stellt. Denn sonst haben wir, wird bereits gesagt wurde, verschiedenste Vereine, die hier ihre Parlamentarier vorschicken und Einzelanträge stellen. Insofern möchte auch ich, obwohl ich das so gesagt habe, Sie bitten, diesen Antrag abzulehnen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Sie bringen uns im Stadtrat da jetzt ein bisschen durcheinander. Wir haben uns natürlich abgesprochen, aber als Finanzchef möchte ich auch ein bisschen den Warnfinger hochheben. Ich bin der Mensch, der den Überblick hat, und ich muss Ihnen sagen, wir haben letztes Jahr viele Anfragen für Leistungsvereinbarungen und Beiträge von verschiedensten Vereinen erhalten. Im Moment ist es eine Tendenz, dass viele privat organisierte Organisationen, die für die Gesellschaft Gutes tun, finanziell an ihre Grenzen kommen und dann natürlich bei der Stadt anklopfen. Aber wir als Stadtrat müssen zuerst Grundlagen schaffen, wie wir diese Gesuche beurteilen können. Wenn ein einzelnes alle zwei Jahre mal kommt, ist das kein Problem, aber im Moment sehen wir eine gewisse Massierung. Auch darum möchte ich darum bitten, nicht allen zu sagen, kein Problem, ihr könnt ja eine Leistungsvereinbarung mit der Stadt abschliessen. Dann kommen nämlich alle. Als Finanzchef möchte ich Sie bitten, ein bisschen zurückhaltend zu sein.

Abstimmung
Der Antrag von Aurelio Petti wird mit 4 Ja-Stimmen gegen 23 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

7690.3130.00 Dienstleistungen Dritter, externe Beratungen, Kompostierkurs

Riquet Heller, FDP/XMV: «Bojen um Altholzinsel Seemoosholz setzen zum Schutze des Naturschutzgebiets». Das ist nicht das Seemoosholz, das ist das Seemoosriet, das gemeint ist. Nämlich das Gebiet nördlich der Bahnlinie und nicht südlich der Bahnlinie. Dann noch ein Kompliment an den Verfasser dieser Erläuterung: Es ist nicht das Simisholz, sondern es ist das Seemoosholz. Weiter dürfte wohl klar sein, dass Sie keine Bojen um ein Naturschutzgebiet setzen

können, sondern nur vor das Naturschutzgebiet. Demzufolge einfach zuhanden des Protokolls, dass wir das gemerkt haben: "Bojen vor Altholzinsel Seemoosriet setzen."

9500.4601.02 Gemeindeanteil an Grundstückgewinnsteuern

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben festgestellt, dass für die Umzonung der Strausswiese für diesen Planungsgewinn ein Abzug von CHF 1.9 Mio. gemacht wurde. Das indiziert eine ebenso erkleckliche Liegenschaftengewinnsteuer. In diesem Konto ist lediglich eine Grundstückgewinnsteuer von CHF 1.15 Mio. ausgewiesen. Ist da die Strausswiese dabei? Wo wurde der erkleckliche Gewinn bei der Strausswiese, den die Steuer bei der Stadt ausgelöst hat, verbucht?

Stadtpräsident René Walther, FDP: Das fällt in diesem Jahr an und wird in diesem Jahr verrechnet und nicht im Budgetjahr. Die planerische Mehrwertabgabe wird erst dann fällig, wenn wir ein Baugesuch einreichen oder dergleichen. Bzw. der Grundeigentümer muss dem Kanton bei der Verschreibung 20 % bezahlen. Der Verkauf hat die Veranlagung ausgelöst. Die Hälfte kommt zurück in die Stadt, und wir müssen das in einem Spezialkonto führen, weil die Gelder zweckgebunden eingesetzt werden müssen.

9630 Diverse Liegenschaften des Finanzvermögens

Riquet Heller, FDP/XMV: Sie haben sicher auch festgestellt, dass die verschiedenen Liegenschaften jetzt zusammengezogen worden sind und wir anderseits immer noch kein Konzept haben. Deshalb meine Bitte an den Stadtrat, dass die einzelnen Konten betreffend die einzelnen Liegenschaften, auch für die Bahnhofstrasse 26 separat ausgewiesen werden, wie sie dank Mischa nachträglich in einer separaten Tabelle noch nachgeliefert wurden. Solange wir für diese Liegenschaften kein Konzept haben, meine ich, müssen wir Parlamentarier dies einsehen und kontrollieren können. Ich bitte Sie, diese Anregung in künftigen Budgetunterlagen nachzuführen, sodass sie nicht von der Kommission nachgeliefert werden müssen.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Vielen Dank für diesen Hinweis. Grundsätzlich haben wir die Änderung vorgenommen, weil unser Finanzsystem an die Grenzen kommt. Wir mussten das anders aufgliedern, aber wir werden uns dieses Votum zu Herzen nehmen.

Investitionsrechnung

Keine Wortmeldungen.

Rückkommen wird nicht gewünscht.

Finanzplan 2027-2030

Keine Wortmeldungen.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Die aktuellen Zahlen liegen uns nun vor. Ich möchte Pascal Büchler ganz herzlich danken.
Zu Antrag 1 des Stadtrats liegt ein Antrag der FGK vor, den Steuerfuss für das Jahr 2027 auf 70 % zu belassen.

Konrad Brühwiler, SVP: Im Namen der grossmehrheitlichen SVP-Fraktion stelle ich den Antrag, der Steuerfuss für das Jahr 2027 beträgt neu 68 %.
Begründung: Wie schon beim Eintreten erwähnt, das Budget 2027 des Stadtrats ist kein Sparbudget. Die Stadt Arbon hat nicht ein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem. Ich schlage dem Stadtrat analog zum Kanton eine Aufgaben- und Verzichtsplanung vor. Wenn dies der Stadtrat nicht von sich aus anpackt, werden wir nicht zögern, dies mit einem parlamentarischen Vorstoss in Gang zu bringen.

Das Budget 2027 beruht auf sehr, sehr viel Vorsicht gegenüber der Zukunft. Dabei geht der Blick ins überübernächste Jahr und darüber hinaus. Wir schätzen und loben die Weitsicht des Stadtrats, doch sollte er nicht nur die negativen Einflüsse und Mindereinnahmen, sondern auch Sondereffekte und Mehreinnahmen berücksichtigen. Das tut er nicht. Ich verweise auf den Vorschlag der Weiterentwicklung Finanzausgleich des Kantons, der zurzeit in der Vernehmlassung bei den Gemeinden ist.
In diesem Budget bestehen sehr viele Positionen mit aufgerundeten Zahlen. Es besteht also noch sehr viel Luft nach oben. Der Stadtpräsident spricht in seinem Eintretensvotum von einer Wahrscheinlichkeit von negativen Rechnungsabschlüssen. Und ein Blick in die heutige Thurgauer Zeitung zeigt, die Stadt Kreuzlingen plant mit einem Minus von CHF 1.3 Mio. Das ist etwa doppelt so viel wie die Stadt Arbon. Aber der grosse Unterschied: Kreuzlingen schafft dies mit einem Polster von CHF 143 Mio. und, und das ist wichtig, mit einem Steuerfuss von 64 %. Was Kreuzlingen mit einem Steuerfuss von 64 % schafft, sollte die Stadt Arbon mit einem Eigenkapital von fast CHF 90 Mio. und einem Steuerfuss von neu 68 % auch schaffen.
Ich bitte Sie, unserem massvollen Antrag zuzustimmen. Und wir werden an unserem massvollen Antrag auch gegenüber den Stimmbürgern und der Abstimmung vom 29. November 2026 festhalten und den vom Stadtrat und der FGK vorgeschlagenen gleichbleibenden Steuerfuss an der Urne bekämpfen, so wie wir das schon im letzten Jahr erfolgreich getan haben. Die besseren Argumente sind klar auf unserer Seite, daher bitte ich Sie, den Antrag auf 68 Steuerprozente zu unterstützen.

Michael Zwahlen, SP/Grüne: Vielleicht kann noch jemand anders zu diesem irreführenden Narrativ von einem Eigenkapital von CHF 90 Mio. etwas sagen, das lasse ich jetzt aussenvor.
Es scheint eine Art Part of the Game zu sein. Während die Rechtsbürgerlichen eine Senkung des Steuerfusses verlangen, würde die Ratslinke ihn am liebsten erhöhen. So mag die alljährliche Diskussion auf Beobachterinnen und Beobachter des Parlamentsbetriebs wohl wirken. Wir spielen hier und heute aber kein Spiel, nicht «Fätzli gleit» und schon gar nicht «blinde Kuh». Wir Parlamentarierinnen und Parlamentarier stehen in der gemeinsamen Verantwortung, den städtischen Finanzhaushalt mit Weitblick und der nötigen Sorgfalt zu gestalten. Wer gewillt ist, in der Debatte um die Höhe des Steuerfusses das Spielchen – oder sollen wir es Machtspiel nennen – wegzulassen, das Ganze sachlich und mit Bedacht zu betrachten und vor allem auch den kommenden Wahlkampf einen kurzen Moment lang vollständig aussenvor zu lassen, wird mit Blick auf den Finanzplan und die Entwicklung der nächsten Jahre feststellen, dass sich die Grosswetterlage für Arbon weiter verschlechtert und höhere Ausgaben und tiefere Einnahmen absehbar sind. Wer also will und kann und zudem Verantwortung übernimmt, kommt unweigerlich zum Schluss, dass eine nochmalige Steuerfusssenkung derzeit alles andere als angebracht ist. Ich lade euch ein, im Beurteilen der Höhe des Steuerfusses Vernunft walten zu lassen, weitsichtig zu denken und handeln, vollumfänglich Verantwortung für die Entwicklung der Stadt Arbon zu übernehmen und so auch dem Antrag des Stadtrats und der FGK – im Übrigen einstimmig – zu folgen. Allfällige Referendumswillige lade ich dazu ein, auf die wirklichen Hebel zu fokussieren. Auf den unsolidarisch gestalteten Soziallastenausgleich im Kanton Thurgau zum Beispiel oder auf den AVP der kantonalen Politik, welche in Wirklichkeit Aufgabenverschiebeplan heisst und zum Sparen letztlich nichts taugt. Denn zahlen tun einfach andere. Hier die Energie einzusetzen, ist mit Blick auf das Thema Zentrumslasten deutlich nachhaltiger und zielführender.

José Franco, SP/Grüne: Ich finde das ganze Vorgehen gelinde gesagt kindergartenmässig. Letztes Jahr 2 % und dieses Jahr 2 %. Was mir weiter sauer aufstösst, ist Folgendes: Dass man uns droht, dass wenn ihr bei dem um 2 % tieferen Steuerfuss nicht einwilligt, wieder die gleiche Geschichte läuft wie letztes Jahr.

Riquet Heller, FDP/XMV: Ich bitte Sie, den Antrag von Konrad Brühwiler zu unterstützen und den Steuerfuss abermals um 2 % auf 68 % zu senken. So ermöglichen Sie eine völlig unbestrittene Abstimmung zu Budget und Steuerfuss 2027. Es gibt dann keine Spielchen. Wahrscheinlich sehr zum Leidwesen der Lokalpresse, die dann keine Leserbriefe publizieren muss und keine Inserate verkaufen kann.

Sehen wir uns einmal an, was andere, mit Arbon vergleichbare Thurgauer Gemeinden und Städte an Eigenvermögen aufweisen: Romanshorn CHF 18 Mio., Weinfelden CHF 14 Mio., Frauenfeld CHF 72 Mio., Arbon CHF 90 Mio. und Kreuzlingen schlägt oben aus mit CHF 143 Mio.
Was sind CHF 90 Mio. für Arbon? Wir nehmen pro Jahr CHF 25 Mio. an Steuern ein, nämlich Einkommens-, Vermögens- plus Steuern von juristischen Personen, und diese steuerfussabhängig – alle anderen sind es nicht. CHF 25 Mio. sind nicht einmal ein Drittel des Eigenkapitals, das wir haben. Das heisst, wenn wir drei Jahre einen Steuerfuss von 0 % hätten, wären wir immer noch nicht bankrott, hätten immer noch ein Eigenkapital und wären kreditwürdig. Unsere Stadtfinanzen sind demzufolge nicht schlank, sondern fett. Schlanker Staat ist glaube ich ein Slogan, der von einer Partei stammt, die ich gut kenne. Zugegeben, die Stadt braucht Rücklagen, braucht Eigenkapital. Das ist gut. Unsere Schulgemeinde hatte zeitweise kein Eigenkapital und hat doch überlebt. Ein Eigenkapital wirkt als Stossdämpfer für unvorhergesehene Ereignisse, aber dazu sind keine CHF 90 Mio. nötig. Das ist übertrieben viel. Das Geld soll nicht in der Tasche oder in den Büchern der Stadt sein, sondern in der Tasche des Steuerzahlers. So kann die Stadt durch einen Abbau des Eigenkapitals keine namhaften Auslagen machen, ohne uns Stimmberechtigte und Steuerzahler sagen zu müssen, dass diese Auslagen etwas kosten werden, nämlich eine Steuererhöhung. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass zum Beispiel die Sekundarschulgemeinde CHF 62 Mio. ausgeben konnte und tatsächlich behaupten konnte, das bewirkt keine Steuererhöhung, weil sie Eigenkapital hatte. Wir alle sagen zu vielem, sehr vielem Ja, wenn dies angeblich keine Auswirkungen auf unsere Steuern hat. Soll es aber. Wenn Sie etwas kaufen, ist etwas Wichtiges, was Sie dafür bezahlen. Viele staatliche Tätigkeiten sind sehr wünschenswert, man möchte sie ja haben. Was sie aber kosten, soll den Steuerzahlenden via den Steuerfuss aber klargemacht werden. Einverstanden, Eigenkapital ist nicht flüssige Mittel. Eigenkapital kann aber durch Verschuldung flüssig gemacht werden. Solange das Eigenkapital grösser ist als die Schulden, ist dafür ein Gegenwert da. Natürlich kosten Schulden Geld. Die Stadt zahlt Zinsen. Aber wie viel? Weniger als 1 %. Wie hoch ist die Inflation? Auch etwa 1 %. Also: Der Kredit ist gratis, die Stadt zahlt nicht drauf.
So sieht die Zukunft bei einem Steuerfuss von 68 % statt 70 % aus: Ein Steuerprozent entspricht in Arbon rund CHF 300'000. 2006 hatten mir einen Steuerfuss von 70 % und haben ein Defizit von CHF 300’000 budgetiert. Es resultierte ein Überschuss von CHF 200'000. Heute wurden keine genauen Zahlen geliefert. Man sagte einfach, man sei auf Kurs der Hochrechnung. Das heisst, statt CHF 300’000 Defizit CHF 200’000 Vorschlag. Weshalb nicht noch einmal dasselbe? 2027 budgetieren wir bei einem Steuerfuss von ebenfalls 70 % ein Defizit von CHF 700'000. Bei einem Steuerfuss von 68 % wären es CHF 600’000 mehr, also CHF 1.3 Mio. CHF 1.3 Mio. Defizit bei einem Eigenkapital von CHF 90 Mio. ergibt: Weit über CHF 80 Mio. haben wir noch.
Ich nehme an, Sie haben alle Unterlagen gelesen, die uns die Verwaltung zugestellt hat, unter anderem auch das Strategiepapier über die Finanzen in den Jahren 2028-2034. Dort auf Seite 65 im letzten Kasten unten rechts wird ausgeführt, dass bei einem Steuerfuss von 70 % für diese sieben Jahre ein Defizit von total CHF 10 Mio. resultiert. Das könnte dann über das Eigenkapital abgebucht werden, dann bleiben immer noch CHF 80 Mio. Bei einem Steuerfuss von 68 % kämen noch sieben Jahre mit einem Steuerausfall von CHF 600’000 dazu, d. h. etwa CHF 4.2 Mio. bis CHF 5 Mio. Total geplante Defizite 2028-2034 bei einem Steuerfuss von 68 % statt 70 % wären demzufolge etwa CHF 15 Mio. Bei einem Eigenkapital von CHF 90 Mio. what that?
Und wenn alle Stricke reissen, warum keine Steuerfusserhöhung? Ist der Steuerfuss etwas, was immer gleich bleiben soll? Ich meine, das dürfte durchaus etwas dynamischer sein.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Werter Kollege, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Riquet Heller, FDP/XMV: Im Vorwort zur Botschaft, die uns vorgelegt wurde, wird das Eigenkapital als Sauerstoff der Stadt bezeichnet. Zu viel Sauerstoff ist Gift, das wissen Sie alle. Ich bitte Sie, den Antrag von Konrad Brühwiler zu unterstützen.

Mischa Vonlanthen, Die Mitte/EVP, Präsident FGK: Ich versuche, auf einige der genannten Worte – ich sage ganz bewusst Worte und nicht Fakten – kurz Stellung zu nehmen. Aus meiner Sicht, ich denke auch aus Sicht meiner Fraktion.

Konrad Brühwiler, wo sind denn die möglichen Sparmassnahmen im Budget? Du sagst, es sei kein Sparbudget. Wo sind die möglichen Sparmassnahmen, die deine Fraktion vorgeschlagen hat? Ich habe gar nichts gehört. Die FGK hat das Budget intensiv geprüft und hat heute drei Vorschläge gebracht. Nicht weil die FGK keine Lust hatte, die Zahlen intensiv zu prüfen, sondern weil wir zum Schluss gekommen sind, dass das Budget so, wie es vorliegt, gut geplant und gut aufgestellt ist.
Die negativen Einflüsse, die wir in den kommenden Jahren haben werden, sei das die Liegenschaftensteuer, sind faktisch belegt. Das sind keine Annahmen, sondern die kommen auf uns zu.
Weiter nennst du aufgerundete Beträge. Worauf beruht denn diese Aussage, dass unser Budget aus aufgerundeten Beträgen besteht? Was richtig ist, der Finanzausgleich ist im Moment in Beratung. Zum Glück, ich habe es gesagt, gerade für Arbon ist das nötig. Wenn wir hier einen Entscheid haben, und ein solcher muss zuerst von einer Mehrheit des Grossen Rats genehmigt werden, und du weisst genau so wie ich, dass es schwierig wird, im Parlament Mehrheiten zu finden. Da sind nicht nur die grossen Städte vertreten, sondern auch ganz viele Vertreterinnen und Vertreter von kleinen Ortschaften. Die werden ganz genau schauen, wie ihre eigene Gemeinde betroffen ist von einer Veränderung des Finanzausgleichs. Wenn wir aber einen zugunsten von Arbon geänderten Finanzausgleich auf dem Tisch haben, dann kennen wir die Auswirkungen und dann können wir diskutieren, ob an unserem Steuerfuss etwas geschraubt werden kann.
Du erwähnst den Steuerfuss von Kreuzlingen. Kreuzlingen mache es viel besser, 64 % Steuerfuss im Vergleich zu Arbon mit 70 % Steuerfuss. Kreuzlingen hat pro Einwohner eine Steuerkraft von CHF 2'700. Arbon hat eine Steuerkraft pro Einwohner von CHF 2'200. Da kann weder Kreuzlingen etwas dafür mit ihren deutlich mehr gut verdienenden Personen und Arbon kann auch nichts dafür. Hätten wir die gleichen Steuerkraft wie Kreuzlingen, dann müssten wir nicht über einen Steuerfuss von 70 % diskutieren, dann wären wir schon längst in einer vergleichbaren Höhe wie Kreuzlingen. Ich habe es ausgerechnet. Hätten wir die gleiche Steuerkraft, hätten wir bei einem Steuerfuss von 70 % CHF 5.9 Mio. mehr Steuereinnahmen. Aber das haben wir nicht. Wir sind nicht Kreuzlingen. Es bringt nichts, uns mit anderen Städten, mit anderen Ortschaften zu vergleichen, die eine ganz andere Ausgangslage haben.
Dann kommt immer wieder das Eigenkapital von CHF 87 Mio. Erstens ist das inklusive aller Spezialfinanzierungen und aller Spezialkässeli, die wir haben, die wir aber nicht verwenden dürfen für negative Ergebnisse. Diese Zahl ist immer noch stattlich, das ist richtig, diese ist bei ungefähr CHF 46 Mio. Aber nochmals, ich versuche es immer wieder zu erklären. Diese CHF 46 Mio. liegen nicht auf unseren Bankkonten. Kein Hausbesitzer wird bei der Frage nach seinem Vermögen den Wert seines Hauses nennen. Zumindest die meisten werden nicht den Wert ihres Hauses auf ihrem Bankkonto liegen haben. Das kann man einfach nicht so verwenden als Begründung für einen tieferen Steuerfuss. Allein Investitionen, die wir für das nächste Jahr geplant haben, liegen bei CHF 9 Mio. und führen zu einer zusätzlichen Verschuldung von mehr als CHF 8 Mio., obwohl wir ein positives Ergebnis budgetiert haben. Und es sind wahrscheinlich genau die gleichen Stimmen, die heute sagen, eine zusätzliche Verschuldung kostet uns ja nichts. Die werden dann wieder kommen, wenn wir «nicht nur» CHF 35 Mio. Darlehensschulden haben, sondern Jahr für Jahr CHF 8 Mio., CHF 9 Mio. oder CHF 10 Mio. mehr und werden dann wieder mit Zahlen operieren und sagen, Arbon ist überschuldet, hat bereits 50 Mio., CHF 60 Mio. oder CHF 70 Mio. Darlehensschulden.
Lassen Sie sich von diesen Voten nicht beeinflussen. Die 70 % Steuerfuss, das zeigt der Finanzplan, sind im Moment die richtige Grösse. Es kann aber durchaus sein, dass wir in einigen Jahren nicht über einen tieferen, sondern über einen höheren Steuerfuss reden, wenn zum Beispiel beim Finanzausgleich nichts gemacht wird oder wenn wir nicht zusätzliche Steuereinnahmen durch zusätzliche Einwohner haben. Bitte stimmen Sie diesen Anträge nicht zu.

Ulrich Nägeli, SVP: Ich bin selber in dieser Kommission. Wir haben das wirklich seriös gerechnet. Ich will hier nicht Zahlen nennen, sondern einen Vergleich machen. Hier drin sitzen sicher Unternehmer oder Hausbesitzer oder Familien. Und wenn wir so wirtschaften würden, wir müssen vorsichtig wirtschaften, vorausschauend. In Zukunft sind wirklich Wolken am Himmel. D.

h., aus unternehmerischer Sicht, und wir sind einige Unternehmer, würde man Vorsichtsmassnahmen treffen und nicht von einem kurzfristigen Resultat ausgehen. Wir haben es wirklich in der Kommission durchgerechnet, und es ist so. Wenn ich ein Unternehmen habe, mache ich lieber Rückstellungen, damit ich solche Zeiten dann durchstehen kann. Oder wenn ich Hausbesitzer bin, verschulde ich mein Haus auch nicht bis unters Dach, sondern ich versuche möglichst, eine finanzielle Freiheit zu haben, damit ich agieren kann. Das hat die Kommission berücksichtigt. Wir hätten auch gerne Steuern gesenkt, aber das geht nicht, wenn man unternehmerisch denkt. Auch ein Familienvater riskiert nicht alles. Deshalb müssen wir aufpassen. Es wurde vorhin erwähnt, Gossau bezahlt auch 115 % Steuern, es geht wirklich um die Steuerkraft. Darum denke ich, sollten wir die Kirche im Dorf lassen und den Steuerfuss auf 70 % belassen, wie er ist. Ich bin sicher, unsere Stadträte würden die Steuern gern senken, wenn es dann einmal an der Zeit ist, aber die Sozialkosten fliegen uns bald um die Ohren. Wir müssen dieses Thema behandeln, damit wir diese Kosten unterbringen, dann haben wir finanziellen Spielraum, um Steuern zu senken. Aber im Moment denke ich, ist es besser, wir lassen das, wie es ist.

Aurelio Petti, Die Mitte/EVP: Eine Frage in die Runde: Möchten Sie nicht auch 10 % Steuersenkungen haben? Oder 4 % oder 2 %? Wer im Volk sagt dazu Nein? Es ist 100 Mal schwieriger, der Bevölkerung faktisch mitzuteilen, wieso keine Steuersenkung möglich ist. Es ist aber ganz einfach und populistisch zu sagen, wir gehen runter mit den Steuern, wir haben CHF 90 Mio. Eigenkapital und wir haben in den letzten acht Jahren vorwärtsgemacht.
Wie kommen denn diese acht positiven Jahre zustande? Sie haben es vorhin ja selber gesagt. Einerseits haben wir praktisch eine Punktlandung bei den Verwaltungsausgaben. Jeder, der in der Finanzkommission sitzt, weiss das, wir reden über jeden Franken. Da kann man nicht wirklich sparen.
Jetzt kommt Kollege Konrad Brühwiler wie im Kantonsrat und sagt, eine AVP muss her. Ja bitte schön, macht Vorschläge, wo genau gespart werden soll. Das hast du heute Abend nicht gemacht und auch sonst kein einziger von deiner Fraktion.
Wir haben auf der einen Seite Steuereinnahmen, auf der anderen Seite Sozialausgaben. Das ist extrem schwierig zu regulieren. Das kann man nicht voraussehen. Ich habe in der Kommission auch schon beantragt, pessimistisch bei den Sozialausgaben runterzugehen und mit der Erwartung bei den Einnahmen hochzugehen. Das habe ich seit etwa fünf Jahren gesagt. Wir haben es auch versucht zu machen. Fakt ist aber, man kann machen, was man will, am Ende des Tages ist man im Nachhinein schlauer. Fakt ist aber, wir haben einen Investitionsstau. Eigenkapital kann man nicht mit Cash vergleichen, das muss man auch wissen. Und Fakt ist auch, wenn Sie sparen möchten, lieber Herr Heller und lieber Herr Brühwiler, dann sagen Sie uns doch einfach, dass wir gewisse Dinge nicht mehr tun. Wir machen die Badeanstalt zu, machen andere Dinge zu, verkaufen die Liegenschaften einmalig, so gehen wir runter mit den Kosten. Ist das der Weg, den Sie wollen? Wollen Sie die Leistungen abbauen?
Dann der Vergleich mit den Steuern in Kreuzlingen. Es ist unglaublich, dass man solche Vergleiche überhaupt anstellt und dass man sich nicht überlegt, was man sagt. Ich bitte euch, geht beim Volk mit den Argumenten vorsichtig vor und redet konkret über Fakten und vergleicht Dinge, die man vergleichen kann. Ich lehne eine Steuersenkung selbstverständlich ab.

Stadtpräsident René Walther, FDP: Ich erlaube mir auch noch ein paar Worte. Konrad gebe ich recht, darum habe ich in meinem Eintretensvotum gesagt, dass wir auf städtischer Ebene eine AVP anbahnen. Aber nicht so wie der Kanton. Sondern wir möchten echte Vorschläge bringen, hinter denen wir stehen können. Im Wissen, was vielleicht auf uns zukommen kann.
Dann zu den positiven Effekten: Ich gehe davon aus, ihr lest den Bericht, der im Internet heruntergeladen werden kann. Da könnt ihr genau nachlesen, was ich in den kommenden Jahren als Sondereffekte eingebucht habe. Mein Steuerverwalter hat bei gewissen Szenarien gesagt, du bist da aber sehr mutig. Das ist ja der Witz. Wir haben wirklich verschiedene Gut-gut-gut-Szenarien gerechnet und Schlecht-schlecht-schlecht-Szenarien und haben dann einen Mittelweg gesucht. Aber selbst im gut-guten Fall sieht es nicht so wahnsinnig gut aus.
Dann zu Riquet Heller: Ich habe letzte Woche einen Kreditvertrag unterschrieben, weil ein Kredit ausgelaufen ist. Schätze bitte einmal, was für einen Zins wir vereinbart haben. 1.4 %, und das

als Stadt Arbon. Im Bericht kann man das nachlesen, wir haben das zusammen mit der TKB analysiert, mit welchen Zinssätzen ich gerechnet habe. Das sind alles realistische Zahlen.
Dann zum Eigenkapital: Dort drin sind Rietli und Strausswiese, das stimmt. Irgendwann gibt das Geld, aber das braucht jetzt vier oder fünf Jahre Vorbereitungszeit. Im Finanzplan seht ihr, wenn ihr genau schaut, dass es bei einem Szenario hinten wieder hochgeht.
Wenn Sie heute beschliessen, den Steuerfuss erneut zu senken, haben wir, wenn das durchkommt, in einem Jahr CHF 1.3 Mio. beschlossen, denn die letzte Steuersenkung haben wir auch in diesem Jahr beschlossen. Ich verweise dabei nochmals auf den Bericht, den ich immer wieder erwähnt habe. Man muss nicht Mathematiker sein und kann ganz einfach in wesentlichen Teilen daraus eine Milchbüechlirechnung machen. Liegenschaftensteuer CHF 1.2 Mio., IPV CHF 1.5 Mio., Steuersenkung CHF 1.3 Mio., Status S im nächsten Jahr schon CHF 0.7 Mio. – schon das allein macht CHF 4.7 Mio. strukturelle Veränderungen bis 2029 aus. Und da ist noch nicht alles berücksichtigt. Das Wachstum der Steuererträge beträgt etwa 1.7 %. Auch das kann man im Bericht nachlesen, dazu gibt es Kurven, das ist historisch hergeleitet. Das macht pro Jahr etwa CHF 400’000 aus. Das ist aber ein hohes Szenario. Das heisst, wenn es gut läuft, können wir in drei Jahren vielleicht CHF 1.7 Mio. aufholen. Und wenn man sehr optimistisch ist, kommt vom Finanzausgleich auch noch etwas dazu, dann fehlen aber immer noch etwa CHF 2.5 Mio. strukturell.
Ich sitze hier als liberaler Politiker und Stadtpräsident und gleichzeitig selber als Steuerzahler und ich finde einen schlanken Staat cool, auch ich würde gern weniger Steuern bezahlen. Aber aus finanztechnischer Sicht – das ist nicht Politik, das ist Finanztechnik – fehlt da in zwei bis drei Jahren ein gewisser Schnauf.
Ich nehme etwas vorweg, weil Konrad das immer wieder erwähnt, zum Finanzausgleich. Der Kanton Thurgau hat am 21. September 2023 einen Wirkungsbericht zum Finanzausgleich des Kantons veröffentlicht. Dieser Bericht kam zum Schluss, dass das Thurgauer Modell grundsätzlich einfach und pragmatisch ist, aber verschiedene Mängel aufweist. Durch eine externe Fachstelle wurde im Wesentlichen bemängelt, dass der Lastenausgleich für Zentren am Ressourcenausgleich angehängt ist. Das ist ein konstruktiver Fehler des Systems. Das habe ich vor einem Jahr mit einer Präsentation der FGK erklärt. Zentrumsgemeinden wie Arbon wird beim Ressourcenausgleich ein Abzug bei der durchschnittlichen Steuerkraft um 12 Prozentpunkte eingeräumt. Das ist wie eine rechnerische Schlechterstellung. Diese erzeugt beim Berechnungsmodell einen höheren Beitrag, den die Gemeinden bekommen. Das wäre ja schön, aber das Gesetz deckelt eben diesen Beitrag auf CHF 170 pro Einwohner. Weil Arbon in der neutralen Zone ist, über 82 % und unter 100 %, also weder Geber- noch Nehmergemeinde, steigt der Ressourcenausgleich exakt zum Wachstum der Bevölkerung.
Weiter wurde im Mitwirkungsbericht der Soziallastenausgleich bemängelt. Im geltenden System ist die Kostenbeteiligung auf maximal 15 % der effektiv Kosten gedeckelt und orientieren sich eben nicht an der Sozialhilfequote, sondern an den relativen Kosten. Der Bericht hat gesagt, dass das falsch ist und korrigiert werden muss.
Zudem schöpft der Kanton mit seinem Beitrag in den Finanzausgleich den gesetzlich zugestandenen Spielraum von 2-4 % nicht aus, er ist bei 2 %.
Diese Mängel gaben für die 12 Zentren Anlass, dem Kanton eine entsprechende Rückmeldung zu geben. Politisch stiess man aber nicht auf grosses Gehör. Der Regierungsrat stellte sich nämlich auf den Standpunkt, die Gemeinden wären sich sowieso nicht einig, und hat das Heft eben nicht in die Hand genommen. Die Stadtpräsidenten, da war ich auch dabei, versuchten, auf verschiedenen Ebenen auf das Thema aufmerksam zu machen mit Zeitungsbeiträgen, mit Beiträgen in kantonalen Zeitschriften usw., aber eben, der Erfolg war nicht so gross.
Nun hat der VTG auf Antrag des Regierungsrats Urs Martin die Initiative ergriffen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aus kleinen und grösseren Gemeinden versucht, mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten, von denen man hofft, dass sie im Grossen Rat eine Chance haben. Diese wurde am 24. August den Gemeindevertretern präsentiert. Es waren etwa 70 Leute anwesend, inkl. ich und unser Finanzchef. Die Lösung sieht vor, die Deckelung der Zentrumslasten von CHF 170 auf CHF 240 zu erhöhen und den Abzug für die Zentrumslast von 12 % auf 14 % zu erhöhen, was tatsächlich, darauf freue ich mich schon, wenn das kommt, einen erklecklichen Beitrag leistet. Aber das muss irgendwie finanziert werden. Man hat ausgerechnet, dass die kleinen Gemeinden pro Einwohner bereit sein müssen, CHF 7 in den Topf

einzuschiessen. Und der Kanton müsste seinen Beitrag von 2 % um wenige Kommastellen erhöhen. Aber was noch viel wichtiger ist, im Lastenausgleich Soziales soll nichts verändert werden. Das ist das, was uns bedrückt. Die Bestrebungen zeigen zwar in die richtige Richtung, eine Anpassung des Lastenausgleichs Soziales erachten wir aber als zwingend notwendig. Arbon ist nachweislich im Bereich des Asylwesens, bei den IPV sowie der Sozialhilfe überdurchschnittlich belastet. Darum schenkt auch die Änderung der IPV-Regelung bei uns ein. Die Ausdehnung des Bezügerkreises spüren wir viel mehr als eine Landgemeinde wie Kemmental. Deshalb sind wir der Meinung, dass es zusätzliche Anpassungen im Verteilmechanismus im Asylbereich braucht. Wir sind bei 200 des Solls, was eine Gemeinde haben müsste. Es gibt ländliche Gemeinden, deren Präsidenten kennen wir, die sind im Minus, sprechen aber gegen den Finanzausgleich. Weiter sind wir der Ansicht, dass es eine einheitliche Regelung bei den Bemessungsgrundlagen der Sozialhilfe braucht, zum Beispiel kantonsweite, einheitliche Mietpreislimiten. Also ihr seht, wir haben ganz viele Punkte, die wir gern ins Feld führen würden. Der Stadtrat hat jetzt eine entsprechende Stellungnahme geschrieben und bei der Vernehmlassung eingereicht, wo das genau drin steht. Man wird in der politischen Diskussion sehen, was das bedeutet, aber ich kann euch sagen, ich bin frustriert aus diesem Treffen in Weinfelden gegangen. Ich wurde belächelt, Jammeri geschimpft und Leute, die du auch gut kennst, haben mich hämisch angeschaut.

Riquet Heller, FDP/XMV: Die Stadt meint man ja, sei nur auf ihre eigenen, unmittelbaren Einnahmen angewiesen und auf das Vermögen. Das ist nicht so. Wir stehen hinter unserer Stadt. Wenn es nötig ist, werden die Steuern erhöht. Und das Misstrauen gegenüber den Stimmbürgern, sie würden jeglichen Steuerfusserhöhungsantrag wegschmettern, zeugt von einer antidemokratischen, einer etatistischen Haltung, dass man den Steuerfuss hochhalten muss, damit das Volk die Steuern nicht senkt und sie dann nicht mehr erhöht.
Dann noch zu allen Unwägbarkeiten die da kommen, seien sie positiver oder negativer Art: Ich meine: "Schiessen wir den Hirsch, wenn er sich zeigt!" Das ist zum Beispiel im Jahr 2029 betreffend die Liegenschaftensteuern. Dann wissen wir, wie viel das ist und alle weiteren Auswirkungen. Und bis dann meine ich, bei CHF 90 Mio. Eigenkapital sei der Antrag von Konrad Brühwiler auf eine Senkung des Steuerfusses um 2 % sehr wohl begründet.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Es liegen zwei gleichrangige Anträge vor. Wir stimmen über die beiden Anträge einzeln ab. Jeder kann nur für einen Antrag stimmen. Über dem obsiegenden Antrag werden wir dann nochmals abstimmen.

Abstimmung
Der Antrag des Stadtrats und der FGK, den Steuerfuss auf 70 % zu belassen, erhält 23 Stimmen.
Der Antrag von Konrad Brühwiler, den Steuerfuss auf 68 % zu senken, erhält 6 Stimmen.

Abstimmung
Der Antrag des Stadtrats und der FGK, den Steuerfuss bei 70 % zu belassen, wird mit 23 Ja-Stimmen gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

Abstimmung
Antrag 2 des Stadtrats, das Budget 2027 mit einem Aufwandüberschuss von neu CHF 636'163.12 zu genehmigen, wird mit 26 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Antrag 3 des Stadtrats, die Investitionsrechnung mit Nettoinvestitionen von CHF 9'693'752 sei zu genehmigen, wird einstimmig angenommen.

Antrag 4 der FGK, dem Stadtrat wird empfohlen, über das Budget und den Steuerfuss separat, also in zwei Abstimmungsvorlagen abzustimmen, wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen angenommen.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Der Finanzplan 2027-2030 wir zur Kenntnis genommen. Das Budget und der Steuerfuss unterliegen gemäss Gemeindeordnung Art. 7 obligatorisch der

Volksabstimmung und werden den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern am 29. November 2026 zur Abstimmung unterbreitet.
Somit sind wir am Ende dieses Traktandums. Ich danke Pascal Büchler herzlich für die grosse Unterstützung und der Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für die sorgfältig geleistete Arbeit.

4. Interpellation «Missbräuchliche Untervermietverhältnisse und Versagen beim Schutz sozial Schwächerer»von Jakob Auer, SP/Grüne

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Die Interpellation wurde am 26. Mai 2026 eingereicht. Gemäss Art. 46 Abs. 4 des Geschäftsreglements erklärt der Interpellant in einer kurzen Stellungnahme, ob er mit der Antwort befriedigt ist. Eine allgemeine Diskussion findet nur statt, wenn sie auf Antrag eines Parlamentsmitglieds beschlossen wird.

Jakob Auer, SP/Grüne: Mangelhafte Wohnungen, überhöhte Mietpreise und gewinnorientierte Weitervermietung sind nicht tolerierbar. Diese Aussage unterstützt auch der Stadtrat in seiner Antwort. In der ausführlichen Beantwortung meiner Interpellation zeigt sich, dass die Stadt dieses Thema kennt und organisiert ist, dieses mit verschiedenen Abteilungen anzugehen. Diese Aussagen beruhigen mich ein bisschen. Nicht gross erstaunt hat mich aber die Antwort in Punkt 4, dass man die Versorgungsanlagen mit bezahlbarem Wohnraum als kritisch beurteilt. Daher wäre eine Diskussion aufgrund der sehr guten Beantwortung dieser Interpellation heute, erlauben Sie mir den Ausdruck, Fachsimpelei, da der Politik zu den meisten Punkten die Hände gebunden sind. Aus diesem Grund beantrage ich keine Diskussion.

5. Fragerunde

Keine Fragen.

6. Informationen aus dem Stadtrat

Stadtrat Daniel Bachofen, SP: Ich habe eine kurze Info zum Stand der Sanierung unserer Sportplätze im Stacherholz. Wie bereits bekannt ist, liegen die Einsprachen zur Sanierung der Tennisplätze resp. zum Bau des Kunstrasenplatzes beim Kanton, das ist auch weiterhin der Fall. Ich habe aber eine Information zum Architekturwettbewerb zum Mehrzweckgebäude mit Tribüne. Dieser hat im Juli gestartet und ist erfreulicherweise auch sehr grosses Interesse gestossen. Es haben sich etwa 60 Büros angemeldet, die an diesem Wettbewerb teilnehmen möchten. Der Wettbewerb läuft bis etwa Ende Jahr, danach folgt die Auswertung dieser dann sehr vielen Beiträge. Das Ziel ist, dass das Resultat des Wettbewerbs Ende März bekanntgegeben werden kann.
Die Planung zur Sanierung des Hauptplatzes ist ebenfalls auf Kurs. Wenn dann beide Planungen soweit sind, müssen diese noch vereint werden. Je nachdem, wie das Projekt des Mehrzweckgebäudes aussieht, müssen bei der Sanierung des Hauptplatzes vielleicht noch gewisse Anpassungen gemacht werden. Danach wird das Projekt weiterverfolgt. Ziel ist es, dann auch den politischen Prozess abzuschliessen, d. h. ins Parlament zu kommen und auch die Volksabstimmung zu forcieren, damit wir, falls der Bau des Kunstrasens weiter durch Einsprachen verzögert wird, vielleicht irgendwann die Option haben, auf die anderen Projekte zu switchen und zuerst die Tribüne und den Hauptplatz zu realisieren.

Präsidentin Samra Ibric, FDP/XMV: Die Motion «Erwerb bzw. Baurechtsübernahme des ehemaligen Arbon-Energie-Areals inkl. Gebäude zur langfristigen Sicherung des Werkhofstandorts Arbon» von Christine Schuhwerk und Peter Künzi, beide FDP/XMV, wird mit 14 Unterschriften an den Stadtrat überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Ende der heutigen Sitzung.
Die nächste Sitzung findet am 17. November um 19:00 Uhr statt. Ich bitte Sie, daran zu denken, dass um 18:00 Uhr die Vorinformation Campingsanierung Horn stattfindet. Dazu sind selbstverständlich alle herzlich eingeladen.
Wir haben heute engagiert diskutiert, das war auch mein Wunsch. Wir haben auch unterschiedliche Sichtweisen eingebracht, wir haben unterschiedliche Argumente gehört, und das gehört auch zu unserer parlamentarischen Arbeit dazu. Entscheidend ist, dass wir am Ende die Verantwortung auch wirklich wahrnehmen, wenn wir an die Stimmbevölkerung gelangen, dass wir sachlich und transparent informieren und auch orientieren. Ich denke, da sind wir jetzt bestens im Bild, wo die Argumente liegen. Ich denke, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schätzen es selbstverständlich, wenn sie diese breite Palette der Argumentation auch zu hören kriegen.
Mein herzlicher Dank gilt also allen für diese gute und konstruktive Debatte. Ebenso danke ich der Verwaltung sowie allen Beteiligten, die eben diese Vorarbeit geleistet und die Grundlagen geschaffen haben, damit wir heute so intensiv beraten konnten. Die Sitzung ist damit beendet.

Ende der Sitzung um 21.16 Uhr.

Für die Richtigkeit des Protokolls:

Die Parlamentspräsidentin:	Der Parlamentssekretär:
Samra Ibric	Flavio Schambron